

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Inhalt

- ◆ **Mitwirkende**
- ◆ **Übersicht Organisationen**
- ◆ **Armutsbekämpfung (MDG 1)**
 - Grundsätze und Einschätzungen
 - Ägypten: Wege aus der städtischen Armut
 - Mittelamerika: Kommunalentwicklungsfonds
- ◆ **Grundbildung (MDG 2)**
 - Grundsätze und Einschätzungen
 - Afrika: Impfstoff gegen Armut: Grundbildung
 - Mosambik: Im Konzert der Geber
- ◆ **Gleichberechtigung (MDG 3)**
 - Grundsätze und Einschätzungen
 - Afghanistan, Guatemala, Jemen, Guinea: Nachhaltige Entwicklung beginnt in den Köpfen.
Deutsche Finanzielle Zusammenarbeit im Bildungssektor
- ◆ **Gesundheit (MDG 4-6)**
 - Grundsätze und Einschätzungen
 - Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
 - Bekämpfung von Müttersterblichkeit
 - Bekämpfung von Kindersterblichkeit
 - Afrika: Kranke Unternehmen – Mit Arbeitsplatzprogrammen gegen HIV/Aids
 - Tansania, Kamerun, Ruanda: Mehr als ein Menschenrecht: Gesundheit
- ◆ **Umwelt (MDG 7)**
 - Grundsätze und Einschätzungen
 - Philippinen: Abfallmanagement konkret – Umwelt schützen und Einkommen schaffen
 - Vietnam: Von Bäumen, Wäldern und Menschen
- ◆ **Entwicklungspartnerschaft (MDG 8)**
 - Grundsätze und Einschätzungen
 - Ecuador, Vietnam: Vorteile für alle – Kooperationen mit der Wirtschaft
 - Afrika: Technologiesprung durch Mobilfunk
- ◆ **Nachhaltiges Verwöhnaroma – Globalisierung sozial gestalten**
- ◆ **Transparente Entwicklung: Statistik für die MDGs**
- ◆ **Rückmelde-Bogen**
- ◆ **Teilnehmerinnen und Teilnehmer**
- ◆ **Veranstalterinnen und Veranstalter**

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Mitwirkende

Podiumsteilnehmer

- ◆ **Dr. Klemens van de Sand**
BMZ
- ◆ **Eveline Herfkens**
UN-Millenniums-Kampagne
- ◆ **Amar Bhattacharya**
Weltbank
- ◆ **Prof. Dr. Eva Terberger**
Universität Heidelberg
Alfred-Weber-Institut
- ◆ **Sheela Patel**
SPARC (Society for Promotion of Area Resource Centres)

Die Referenten der Workshops sind bei den einzelnen Darstellungen aufgeführt.

Gesamtmoderation

- ◆ **Conny Czymoch**
freiberuflich tätige Journalistin
- ◆ **Joachim Frank**
stellvertretender Chefredakteur Kölner-Stadt-Anzeiger
- ◆ **Monika Hoegen**
freiberuflich tätige Journalistin

Organisation

- ◆ **Alexander Hertkens**
Bergmoser + Höller Agentur, Aachen
- ◆ **Dr. Beate Patolla**
Bergmoser + Höller Agentur, Aachen
- ◆ **Jacqueline Souren-Siemons**
Bergmoser + Höller Agentur, Aachen

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Übersicht Organisationen



Das BMZ konzipiert bilaterale und multilaterale Förderstrategien, unterstützt Entwicklungsprogramme der Partnerländer, arbeitet mit nichtstaatlichen Organisationen und der Wirtschaft zusammen und sorgt für eine kontinuierliche Erfolgskontrolle. Das BMZ führt die konkreten Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit nicht selbst durch. Dies geschieht im Auftrag des BMZ durch eigenständige Organisationen, die als Mitveranstalter des Journalistenseminars vertreten sind.



Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) unterstützt Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika partnerschaftlich dabei, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Er entsendet rund 1.000 berufserfahrene und sozial engagierte Fachkräfte in mehr als 40 Entwicklungsländer. Sie setzen sich dort ein für Armutsminderung, für eine selbstbestimmte und nachhaltige Entwicklung, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für den Aufbau demokratischer Strukturen und für eine zivile Konfliktbearbeitung. Das Engagement des DED wird aus dem Bundeshaushalt finanziert.



Die GTZ – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH -, ein Unternehmen der Internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung, ist in mehr als 130 Ländern tätig. Sie bietet zukunftsfähige Lösungen für politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklungen in einer globalisierten Welt. Die GTZ unterstützt komplexe Reformen und Veränderungsprozesse, auch unter schwierigen Bedingungen. Ihr Ziel ist es, die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig zu verbessern. Die GTZ unterstützt im Energiesektor ihre Partner dabei, Fachkräfte auszubilden und Organisationen weiter zu entwickeln. Auf Regierungsebene hilft sie, eine Energiepolitik zu entwickeln und diese in operationale Strategien umzusetzen. Mithilfe erneuerbarer Energien sollen die Lebensbedingungen in den gering entwickelten ländlichen Regionen verbessert und die Umweltbelastung durch den Verbrauch fossiler Energien verringert werden.



Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

InWent – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH steht für Personal- und Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Mit Blick auf die MDGs unterstützt InWent die Formulierung, Implementierung und das Monitoring von Strategien der Armutsbekämpfung durch Capacity Building. Schwerpunkte sind hierbei die Stärkung der Partizipation, der Erfahrungsaustausch von Entscheidungsträgern, die Planung und das Monitoring armutsrelevanter Projekte sowie die Kontrolle öffentlicher Haushalte. InWent arbeitet gleichermaßen mit Partnern in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern und erreicht jährlich rund 55.000 Personen.



Die KfW Entwicklungsbank fördert im Auftrag der Bundesregierung Reformen, Infrastruktur und Finanzsysteme für ein sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaftswachstum. Als Teil der KfW Bankengruppe ist sie weltweiter Finanzierungspartner und setzt auch eigene Mittel für entwicklungspolitische Vorhaben ein. Sie kennt die Potenziale und Probleme in Entwicklungsländern durch die enge Zusammenarbeit mit Partnern und Zielgruppen vor Ort. Sie ist verlässlicher Partner mit innovativen Förderkonzepten und flexiblen Finanzierungsinstrumenten. Die unabhängige Evaluierung überprüft laufend die effiziente und effektive Arbeit der KfW Entwicklungsbank.



Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH ist eines der größten europäischen Institute für langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen. Sie finanziert und strukturiert seit über 40 Jahren Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Reformländern. Die DEG investiert in rentable, nachhaltig entwicklungswirksame Projekte in allen Wirtschaftssektoren: von der Agrarwirtschaft über die Verarbeitende Industrie und Dienstleistungen bis zur Infrastruktur. Ein weiterer Schwerpunkt sind Investitionen in lokale Finanzmärkte, um vor Ort einen verlässlichen Zugang zu Kapital zu ermöglichen.

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam



› Armutsbekämpfung (MDG 1)

Grundsätze und Einschätzungen

Referent: Uwe Gehlen, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das Ziel

Die „Ausrottung von extremer Armut und Hunger“ ist das erste und umfassendste der acht Millenniumsziele. Es zielt auf die Halbierung der extremen Armut und des Hungers ab und ist eng mit den übrigen MDGs verknüpft. Fortschritte hier tragen auch zur Erreichung der übrigen Millenniumsziele bei. Umgekehrt hat eine positive Entwicklung bei den anderen Zielen günstigen Einfluss auf die Bekämpfung von Armut und Hunger.

Nach den jüngsten Publikationen der Vereinten Nationen und der Weltbank fällt der Anteil der weltweit von weniger als einem US-Dollar am Tag lebenden Menschen von 29,6 Prozent im Jahr 1990 über 23,2 Prozent im Jahr 1999 auf 13,3 Prozent bis 2015. Hierbei gibt es jedoch erhebliche regionale Unterschiede: Die größten Fortschritte zeigen sich bis 2015 in Ostasien, dort könnte der Anteil der Armen von 30,5 Prozent (1990) auf 3,9 Prozent zurückgehen. In Südasien wird die extreme Armut voraussichtlich von 45 auf 15,7 Prozent fallen. Diese Entwicklung ist auf die Erfolge insbesondere in den bevölkerungsreichen Ländern China und Indien zurückzuführen. In Lateinamerika und in der Karibik ist dagegen nur eine Minderung von elf auf 7,5 Prozent zu erwarten. Und für die Länder Afrikas, die südlich der Sahara liegen, wird nahezu eine Stagnation erwartet (Minderung von 47,4 auf 46 Prozent).

Stand der Umsetzung

Armutsbekämpfung ist die überwältigende Aufgabe der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Nahezu alle entwicklungspolitischen Maßnahmen im bilateralen wie multilateralen Rahmen stellen daher auf eine Verminderung der Armut sowie eine Verbesserung der Lebenssituation und der Entwicklungschancen für arme Bevölkerungsteile in den Partnerländern ab. Die Ansatzmöglichkeiten und Handlungsebenen sind vielfältig. Zum einen findet Armutsbekämpfung auf der Projektebene statt (s. Beispiele). Zum anderen ist eine nachhaltige Armutsbekämpfung nur durch eine Veränderung der globalen Rahmenbedingungen zu erreichen. Sie ist damit Leit- und Orientierungsrahmen für Position und Beitrag Deutschlands in den multilateralen Institutionen, in der Entschuldungsinitiative, in den Verhandlungen zum Welthandel usw.

Zwei beispielhafte Projekte

Im Großraum Kairo wurde mit der Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in drei Armutsvierteln der abgerissene Dialog zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung wiederhergestellt. Bevölkerung, lokale NRO und lokale Verwaltung entwickeln und testen lokale Konzepte, die die Lebenssituation der Menschen verbessern und ihre Beteiligung an kommunalen und lokalen Entscheidungen stärken. Gegenwärtig wird an einer landesweiten Verbreitung gearbeitet. Vorrangig dient das Projekt dazu, die Anerkennung von Armutsgebieten durch die lokalen Verwaltungen zu gewährleisten; den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen; Grundbildung und Gesundheitsversorgung sicherzustellen sowie wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Mit Mitteln der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird in El Salvador in den 100 ärmsten Munizipien der Zugang der Bevölkerung zu Basisinfrastruktur (Schule, Gesundheitsposten, Wasserversorgung usw.) verbessert. Dies hilft den Menschen aus dem Teufelskreis der Armut zu entkommen. Der Ansatz an der lokalen Ebene stärkt unmittelbar die Betroffenen und die lokale Verwaltung. Der bessere Dialog und die intensive Zusammenarbeit zwischen Munizipien und Bevölkerung tragen neben der bedarfsorientierten Verbesserung der Lebensbedingungen auch zur Demokratisierung bei.

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Armutsbekämpfung (MDG 1)

Ägypten: Wege aus der städtischen Armut

Referent: Hans-Christian Voigt, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ, Kairo)

Die Ausgangslage

Starkes Bevölkerungswachstum und Landflucht haben dazu geführt, dass Ägyptens Städte rapide wachsen, meist jenseits staatlicher oder kommunaler Planung. Etwa die Hälfte der Bevölkerung im Großraum Kairo lebt in sog. informellen Siedlungen, die unterversorgt sind und sehr dicht besiedelt. Vielen Wohngebieten in der Stadt mit rund 15 Millionen Einwohnern fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Abwasser- und Abfallentsorgung sind ungenügend, auch mangelt es an sozialen Dienstleistungen. Aufgrund der extrem hohen Bevölkerungsdichte ist die Umweltbelastung sehr stark. Die informellen Stadtteile erstrecken sich vor allem in das wertvolle Agrarland des Nil-Deltas. Als Folge schrumpfen die Nutzflächen. Noch keiner Regierung ist es gelungen, wirkungsvoll gegen die informelle Bautätigkeit vorzugehen. Zwar liegt ein Flächennutzungsplan vor; seine Bestimmungen sind jedoch vage formuliert und werden prinzipiell ignoriert.

Das Projekt

Die GTZ unternahm im Auftrag des BMZ gemeinsam mit der KfW und ihren ägyptischen Partnern erste Schritte zum Aufbau einer öffentlichen Infrastruktur. Das Programm entwickelt mit der lokalen Verwaltung und unter Beteiligung der Bevölkerung Wege, die Lebensbedingungen in diesen städtischen Gebieten zu verbessern. In Manshiet Nasser und in Boulaq el Dakroul kämpfen die Projektmitarbeiter bei den Behörden gegen das schlechte Image der informellen Siedlungen und überzeugten sie, die Bewohner mitentscheiden zu lassen.

Während Fachkräfte der GTZ die Partner vor Ort beraten – etwa beim Training neuer, partizipativer Verfahren und deren Anwendung oder bei der Förderung von landesweiten Selbsthilfeinitiativen –, ist der Beitrag der KfW Entwicklungsbank finanzieller Natur: Die KfW finanziert Infrastrukturmaßnahmen wie zum Beispiel Trinkwasser- und Abwassersysteme in den Projektgebieten im Großraum Kairo.

Die Wirkungen

Die seit 1998 erprobten Verfahren beteiligungsorientierter Entwicklung in armen städtischen Gebieten werden mittlerweile von NGOs und den lokalen Verwaltungen angewendet. Dezentralisierung und Partizipation sind erklärte Politik des neuen Regierungskabinetts und Thema des Egypt Human Development Report 2004, der das Programm als positives Beispiel vorstellt. Das Planungsministerium bereitet Trainingsmaßnahmen für die lokale Verwaltung vor. Sie soll die beteiligungsorientierten Methoden anwenden lernen, die das Programm entwickelt hat.

Im Einzelnen sind auf der Nachbarschaftsebene, der kommunalen sowie der politischen Ebene folgende Wirkungen erkennbar:

Auf Nachbarschaftsebene führt die landesweite Unterstützung lokaler Selbsthilfeinitiativen zu schnellen und sichtbaren Verbesserungen für die Bevölkerung. Die Zusammenarbeit von Verwaltung und Bevölkerung schafft gegenseitiges Vertrauen und mobilisiert Eigenverantwortung. Die Bevölkerung sieht, dass sich ihr Engagement lohnt.

Auf kommunaler Ebene erproben drei große Stadtteile im Raum Kairo beteiligungsorientierte Verfahren zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Bevölkerung formuliert ihre Prioritäten und organisiert ihre eigenen Beiträge. Sie nimmt an allen lokalen Entscheidungen teil. Zuverlässige Informationen sind öffentlich zugänglich. An Stadtteil- und Budgetplanung beteiligt die lokale Verwaltung den Privatsektor und die Bevölkerung.

Auf politischer Ebene hat das Planungsministerium beteiligungsorientierte, lokale Entwicklung zum nationalen Anliegen erklärt. Die lokal erprobten Verfahren sollen landesweit angewandt werden.

Kurs auf die Millenniumsziele

Seminar für Journalistinnen und Journalisten 12.–13. Juni 2005 in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Armutsbekämpfung (MDG 1)

Mittelamerika: Kommunalentwicklungsfonds

Referentin: Carmen Schickinger, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Ein Großteil der armen Bevölkerung in Mittelamerika hat keinen ausreichenden Zugang zu Basisinfrastruktureinrichtungen wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gesundheitsposten, Schulen und Kindergärten. Das schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen stark ein. Dazu kommt, dass sie – aufgrund ihrer Armut – praktisch nicht an gesellschaftlichen und politischen Prozessen partizipieren. Dies stellt ein latentes Konfliktpotenzial dar.

Erst in den letzten Jahren wurden Entscheidungsfindung und Ressourcenverantwortung auf die lokale Ebene, d.h. auf die Munizipalregierungen, übertragen, damit diese zusammen mit ihren Bürgern besser die Bedürfnisse identifizieren und befriedigen können. Angesichts dieser erst jungen Entwicklung sind die Kompetenzen der Munizipalregierungen noch schwach und müssen erst sukzessive aufgebaut werden.

Das Projekt

Ein bürgernahes und innovatives Vorhaben der KfW Entwicklungsbank in El Salvador – bei dem auch die GTZ beratend tätig ist – trägt zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Grunddiensten bei und stärkt vor allem die Organisations- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung (sog. Sozialkapital) sowie die institutionellen Kapazitäten der Munizipalregierungen.

Die KfW Entwicklungsbank finanziert alle Investitionen, die für die Planung und den Bau der Basisinfrastrukturprojekte und den damit in Verbindung stehenden Know-how-Aufbau der Munizipalregierungen nötig sind. Im Mittelpunkt steht allerdings die Bevölkerung, die mit Unterstützung der Munizipalregierung die Investitionen selbst plant und durchführt. Die Menschen werden dazu vorher vom Projektpartner, dem Kommunalentwicklungsfonds FISDL, entsprechend angeleitet und ausgebildet.

Darüber hinaus werden die über die KfW Entwicklungsbank bereitgestellten Mittel vom Projektpartner FISDL über einen innovativen so genannten Finanzierungswettbewerb ausgeschrieben, zu dem nur die ärmsten Munizipien zugelassen sind. Für den Zuschlag müssen die Munizipien bestimmte Kriterien erfüllen wie partizipativ erarbeitete Investitionspläne, Projektdurchführung durch die Bevölkerung, Bereitstellung von Eigenmitteln zur Mitfinanzierung, ein Wartungsplan und Mittel für die spätere Wartung. Die Projektanträge werden nach einem Punktesystem bewertet; die mit den höchsten Punktzahlen „gewinnen“ den Zuschlag.

Die Wirkungen

Das Vorhaben der KfW Entwicklungsbank verbessert in den 100 ärmsten Munizipien El Salvadors den Zugang zur Basisinfrastruktur (Schulen, Gesundheitsposten, Wasserversorgung, etc.). Es verbessert die Bildungs- und Gesundheitssituation der Bevölkerung und stärkt so das Humankapital. Jetzt gehen mehr Kinder zur Schule und machen ihren Abschluss, es gibt weniger Analphabeten, und auch Krankheiten wie Durchfall treten seltener auf. Die Menschen erhalten die Chance, aus dem Teufelskreis der Armut zu entkommen.

Darüber hinaus werden – dadurch, dass die Bevölkerung mit ihren Munizipien in den Mittelpunkt gestellt wird – das Sozialkapital, das Selbsthilfepotenzial und die Kompetenzen der Munizipalregierungen gestärkt. Der Finanzierungswettbewerb schafft Anreize für die Munizipien, ihre Kompetenzen zu verbessern. Der bessere Dialog und die intensive Zusammenarbeit zwischen Munizipien und den Bürgern tragen zudem auch zur Demokratisierung und guten Regierungsführung auf lokaler Ebene bei.

Insgesamt leistet das Vorhaben einen Beitrag zum Erreichen der Millenniumsziele 1 - 5 in El Salvador.

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Grundbildung (MDG 2)

Grundsätze und Einschätzungen

Referent: Dr. Hans Schipulle, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das Ziel

Die Verwirklichung der allgemeinen Grundbildung ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass Armut und Hunger weltweit erfolgreich bekämpft werden können. Nur der gesicherte Zugang zu einer umfassenden Grundbildung garantiert, dass Menschen ihre Entwicklungspotenziale nutzen und gleichberechtigt am Globalisierungsprozess teilhaben können. Zugleich vermittelt Grundbildung Wissen als Vorbedingung für weiterführende Angebote der Sekundar-, Hochschul- und Berufsbildung.

In den letzten 30 Jahren haben sich die Einschulungsquoten weltweit mehr als verdoppelt. Dennoch wird die Zahl der Kinder, die keinen Zugang zu einer Primarschule haben, noch immer auf insgesamt 113 Millionen geschätzt. Das Bildungsangebot in den Entwicklungsländern ist qualitativ oftmals unzureichend und nicht auf Zielgruppen wie benachteiligte Kinder und Angehörige von soziokulturellen Minderheiten zugeschnitten.

Die Bundesregierung unterstützt Entwicklungsländer dabei, den Zugang zu Bildung zu erweitern und gleichzeitig die Qualität von Bildung zu verbessern. Bis zum Jahr 2015 soll sichergestellt werden, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können.

Stand der Umsetzung

Trotz weltweiter Fortschritte geht in den ärmsten Ländern der Welt eines von fünf schulreifen Kindern nicht zur Schule. Stehen die Regionen Lateinamerika und Karibik mit 97 Prozent eingeschulter Kinder kurz vor der Erreichung des Ziels, so verzeichnet der ost- und südostasiatische Raum dagegen eine rückläufige Entwicklung. In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara sind die Einschulungsraten mit 60 Prozent weiterhin chronisch niedrig.

Die Grundbildungsförderung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich stärker als bisher auf die Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen und die Förderung von sektorweiten Ansätzen. Unter anderem unterstützt die Bundesregierung die multilaterale Education for All FastTrack Initiative (FTI), in der alle großen Geberorganisationen zusammengeschlossen sind.

Um Grundbildung besonders zu fördern, hat das BMZ zugesagt, das jährliche Volumen für die Förderung von Grundbildungsprogrammen über die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit innerhalb von fünf Jahren auf 120 Millionen Euro zu verdoppeln. Die Aktivitäten im Bereich der Grundbildungsförderung werden mit anderen Förderleistungen im Bildungssektor verbunden. Daneben unterstützt die Bundesrepublik die Reform von Bildungssystemen.

Im Rahmen der FTI konzentriert sich die deutsche Förderung auf diejenigen Länder, in denen Grundbildung bereits ein vereinbarter Schwerpunkt der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ist: Mosambik, Guinea, Honduras und Jemen. Außerhalb der FTI ist Grundbildung auch Schwerpunkt der deutschen Zusammenarbeit mit Malawi, Pakistan, Tadschikistan und Afghanistan.

Zwei beispielhafte Projekte

Das Projekt in Ruanda zielt nicht nur auf die Verbesserung der Grundbildung ab, sondern hat als besondere Herausforderungen die Anforderungen an ein Bildungssystem in einer Post-Konflikt-Gesellschaft zu berücksichtigen. Das zweite Beispiel betrifft Mosambik, wo die Analphabetenrate bei 55 Prozent liegt. Die Angebote schulischer Grund- und Berufsbildung sind dort oftmals von schlechter Qualität und vernachlässigen die Anforderungen des Arbeitsmarktes. In Mosambik wurden die Einzelprojekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu einem Programm zusammengefasst.

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Grundbildung (MDG 2)

Afrika: Impfstoff gegen Armut: Grundbildung

Referentin: Dr. Ingrid Jung, Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt)

Die Ausgangslage

Das Ziel, allen Kindern einen Primarschulabschluss zu ermöglichen, steht nicht von ungefähr auf der MDG-Liste weit oben: Eine gute Grundbildung ist Voraussetzung für das Erreichen auch anderer MDGs. Deshalb wurde Bildung schon als „wichtigster Impfstoff gegen HIV/AIDS“ bezeichnet. Auch eine Beteiligung am Wirtschaftsleben, an der politischen Gestaltung der Gesellschaft und die individuelle Gestaltung des Privatlebens hängen davon ab, wie viel „gute“ Bildung jemand erfahren hat, ob und wie Bildung als gesellschaftlicher Wert verankert ist.

Ein Überblick zeigt, dass insbesondere die ärmsten und bevölkerungsreichsten Länder weit entfernt sind, dieses Ziel bis 2015 zu erreichen. Die Gründe dafür liegen nicht unbedingt im mangelnden Einsatz der Regierungen – zum Teil scheitert diese daran, dass ein größeres Bildungsangebot auch mehr ausgebildete Lehrkräfte braucht. Eine ineffiziente Bildungsadministration oder eine unzureichende Qualität der Schulbildung sind hemmende Faktoren. Und viele Länder stehen vor der Herausforderung, Schule so zu gestalten, dass sie den Eltern die Investition in Schulgeld oder entgangene Arbeitsleistung wert ist.

Das Projekt

In Ruanda hat InWEnt einen Projektansatz entwickelt, der die Qualität der Grundbildung steigert und dabei einen zentralen Aspekt von Bildung in einer Post-Konflikt-Gesellschaft berücksichtigt: eine Kultur des Friedens zu gestalten. Die Herausforderung besteht darin, ein Bewusstsein für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Menschen zu entwickeln und die Prinzipien der Anerkennung des Individuums und der demokratischen Kultur in der pädagogischen Praxis zu realisieren.

In der Umsetzung arbeitet InWEnt auf mehreren Ebenen: Mit Multiplikatoren aus Ministerien und zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde ein Konzept zur Friedenserziehung und zur aktiven, lernerzentrierten Pädagogik entwickelt, das auch Vermittlungsmethoden für die Aus- und Fortbildung von Lehrern und Dozenten enthält. So wurden alle Dozenten des Lehrerausbildungsinstituts und alle pädagogischen Beraterinnen und Berater der Provinz Kibungó fortgebildet, die ihrerseits Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer weiterbilden.

Institutionell wird das Projekt gestützt durch die Einbeziehung des Erziehungsministeriums. Auch dass die Multiplikatoren die Trainingsmaterialien vor Ort erarbeiten, stellt sicher, dass der Ansatz auf die ruandische Realität passt.

Die Wirkungen

Erste Erfolge waren bereits am Ende der einjährigen Pilotphase, Anfang 2005, nachweisbar: Die Form der Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern hatte sich verbessert, Lehrer waren weniger repressiv und förderten die aktive Beteiligung der Kinder am Unterricht, die Kollegen in der Lehrerausbildungsinstitution arbeiten besser zusammen und setzen Innovationen gemeinsam um. Der Ansatz wurde von der Eltern-Lehrer-Vereinigung in der Provinz als so wichtig beurteilt, dass auch diese Fortbildungen mit demselben methodischen Ansatz durchführt. Jetzt heißt es, die Ergebnisse in der ersten Provinz zu konsolidieren und das Erziehungsministerium bei der Umsetzung in weiteren Provinzen zu begleiten.

InWEnt zielt mit all seinen Maßnahmen auf ein Capacity Building, das Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen fördert: Wir stärken individuelle Handlungskompetenzen, erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und wir verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene. Das Ziel sind kompetente und verantwortungsbewusste Führungskräfte, starke Institutionen und transparente Prozesse.

Kurs auf die Millenniumsziele

Seminar für Journalistinnen und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam



> Grundbildung (MDG 2)

Mosambik: Im Konzert der Geber

Referentin: Dr. Ulrike Reviere, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH, (GTZ, Maputo)

Die Ausgangslage

In Mosambik lebt 70 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut. Die Bevölkerung hat sich in 20 Jahren verdoppelt; von den etwa 17 Millionen Menschen sind 50 Prozent unter 16 Jahre alt. Derzeit besuchen rund 2,8 Millionen Kinder die Grundschule, doch nur ein Drittel der Eingeschulten schließt die untere Primarstufe ab. In der Grundschuloberstufe ist die Einschulungsrate mit 25 Prozent noch sehr niedrig. Etwa 60 Prozent der eingeschulerten Kinder verlassen die Schule vorzeitig. Nach offiziellen Statistiken betrug im Jahr 2000 die Einschulungsrate der Mädchen rund 58 Prozent gegenüber 76 Prozent bei den Jungen.

Die meisten Jugendlichen streben eine allgemein bildende bzw. höhere akademische Bildung an. Allerdings findet sich der Großteil von ihnen nach Schulabschluss bzw. Schulabbruch in Berufen der Landwirtschaft, des Handwerks und der Produktion wieder oder ist im Dienstleistungsbereich sowie bei kleineren Betrieben beschäftigt. Anstelle von beruflicher Qualifizierung steht die Anwendung praktischer Kompetenzen im Vordergrund. Bestehende staatliche Berufsbildungsangebote orientieren sich an überholten Arbeitsmarktanforderungen und bilden zusammen mit den privatwirtschaftlichen Angeboten kein konsistentes Berufsbildungssystem. Als Folge davon finden etwa 80 Prozent der Berufsschulabgänger keine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung.

Um die Schul- und Berufsschulbildung zu verbessern, braucht Mosambik doppelt so viele Lehrkräfte wie die nationalen Institutionen ausbilden.

Das Projekt

Das Vorhaben will dazu beitragen, dass bis zum Jahr 2015 in Mosambik alle Kinder die Grundschule durchlaufen und sich die Qualität der Schulen und des Unterrichts verbessert. Die deutschen Entwicklungsorganisationen ergänzen sich dabei gegenseitig: Die KfW Entwicklungsbank finanziert den Bau von Schulen. InWent bietet Fortbildungskurse für Bildungspolitikern an. Die GTZ berät das Bildungsministerium und die Bildungsbehörden in den Provinzen dabei, das Angebot und die Qualität der Grund- und Berufsbildung zu verbessern. Als Sektorkoordinatorin achtet die GTZ auf eine kohärente Förderung und darauf, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit einer Stimme spricht. Außerdem harmonisiert sie die Tätigkeit der 26 im Bildungssektor tätigen internationalen Akteure. Die Beratung erfolgt meist in Arbeitsgruppen zu Themen wie Lehreraus- und -fortbildung, Alphabetisierung von Erwachsenen, Schulbau, AIDS-Aufklärung oder Mädchenbildung.

Ziel des Vorhabens ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Grund- und Berufsbildung Mosambiks, vorwiegend in den Provinzen Sofala, Inhambane und Manica, zu leisten. Gleichzeitig sollen wesentliche Beiträge zur Verbesserung des gesamten Bildungssystems erbracht werden. Mit Unterstützung der GTZ wird zurzeit eine Reform der Berufsbildung auf den Weg gebracht, die die betriebliche Ausbildung verbessern und sich am Bedarf des Marktes orientieren soll.

Die Wirkungen

Eine erste Überprüfung auf der Basis des nationalen Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung im Jahr 2003 zeigte eine insgesamt positive Entwicklung. Mosambik erzielte demnach im Jahr 2002 ein Wirtschaftswachstum von 8,3 Prozent und macht Fortschritte im Bildungs- und Gesundheitssektor. Deutlich steigende Sozialausgaben haben zur Folge, dass mehr Eltern ihre Kinder zum Lernen statt zur Arbeit schicken können. Die Einschulungsrate liegt im Untersuchungszeitraum bereits bei 92 Prozent. Die Einschulungsquote an den Grundschulen erhöhte sich um 4,5 Prozent.

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Gleichberechtigung (MDG 3)

Grundsätze und Einschätzungen

Referentin: Dr. Angela Langenkamp, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das Ziel

Das Millenniumsentwicklungsziel 3 leitet sich ab aus den internationalen Menschenrechtsübereinkommen, die bereits in den 70er Jahren das Prinzip der Nichtdiskriminierung und der gleichen Rechte für Frauen und Männer festgeschrieben. Dazu gehören unter anderem die Vereinbarungen zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (ICESCR) und den zivilen und politischen Rechten (ICCPR) aus den Jahren 1976 sowie das 1979 verabschiedete und von 177 Staaten ratifizierte Übereinkommen zur Überwindung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) und sein Fakultativprotokoll.

Das BMZ sieht in der Millenniumserklärung und der daraus hervorgehenden internationalen Entwicklungsdebatte eine Chance, aufbauend auf das Abschlussdokument und die Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz in Peking (1995), die von der Frauenrechtskommission im Februar 2005 uneingeschränkt bestätigt wurden, die Rechte der Frauen und die Gleichberechtigung der Geschlechter stärker als bisher ins Zentrum der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu rücken. Dazu trägt auch die gemeinsam mit dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM) herausgegebene Broschüre „Pathway to Gender Equality“ bei.

Die Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess gehört zu den verpflichtenden, politik- und handlungsleitenden Prinzipien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Stand der Umsetzung

Gleichberechtigung der Geschlechter bleibt - trotz aller Fortschritte - eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Seit dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 haben sich die Mittel der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit für Vorhaben mit positiven Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter auf jährlich mehr als eine Milliarde Euro gesteigert. Darüber hinaus sind seitdem weitere 175 Millionen Euro für Vorhaben zugesagt worden, die ganz gezielt der Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter dienen.

- ◆ Wir engagieren uns im internationalen Dialog und in der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit für die Veränderung globaler Strukturen zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen.
- ◆ Wir unterstützen unsere Partner in Entwicklungs- und Transformationsländern, die aktive Beteiligung von Mädchen und Frauen an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen zu stärken.
- ◆ Wir fördern den gleichberechtigten Zugang und Nutzung von Ressourcen und Dienstleistungen, zum Beispiel Land und Bildung.
- ◆ Wir setzen uns für ein Ende jeglicher Gewalt gegen Frauen ein und engagieren uns besonders im Kampf gegen häusliche Gewalt, geschlechtsspezifische Gewalt in Konflikt- und Krisensituationen, gegen Frauenhandel und weibliche Genitalverstümmelung.
- ◆ Wir fördern die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen.

Vier beispielhafte Projekte

Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die in Kooperation mit lokalen Instanzen und den Menschen vor Ort durchgeführt werden und die besonderen Bedürfnisse vor Ort berücksichtigen, können erhebliche Verbesserungen beim gleichberechtigten Zugang zu Bildung für Mädchen herbeiführen. Dies zeigen die vier Projektbeispiele aus Afghanistan, Guatemala, Jemen und Guinea.

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Gleichberechtigung (MDG 3)

Afghanistan: Nachhaltige Entwicklung beginnt in den Köpfen. Deutsche Finanzielle Zusammenarbeit im Bildungssektor

Referentin: Dr. Claudia Radeke, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Afghanistan nach dem Krieg: Nach Schätzungen von UNICEF waren acht von zehn Schulen des Landes beschädigt oder zerstört und auch die Situation an den Universitäten sah nicht besser aus. Die Kapazitäten von Bildungsministerium, Lehrpersonal und Schulverwaltungen sind noch sehr unzureichend entwickelt, auch wenn die Lehrkräfte inzwischen regelmäßig bezahlt werden. Der Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften ist gegenwärtig nicht zu decken und auch ihre Ausbildung muss verbessert werden.

Das Projekt

Seit Januar 2002, nach dem Sturz der Taliban, unterstützt die KfW Entwicklungsbank mit ihrem Sofortprogramm den Wiederaufbau Afghanistans. Ein offenes Programm, das zunächst mit 32 Millionen Euro ausgestattet wurde, berücksichtigt auch das Bildungswesen mit 6,6 Millionen Euro - und zwar möglichst flexibel. In Kabul, Parwan, Logar, Wardak und Sarobi sind dadurch mehr als 50 Primar- und Sekundarschulen instandgesetzt oder ausgerüstet worden, samt Schulmöbeln und Lehrmaterial. In der west-afghanischen Provinz Badghis werden bis Ende 2005 in einem gemeinsamen Vorhaben der KfW Entwicklungsbank mit dem Malteser Hilfsdienst bis zu acht weitere Grundschulen gebaut. Doch das reicht bei weitem nicht aus. Noch ehe eine renovierte Schule genutzt werden kann, sind schon wieder zusätzliche Zelte für weitere Klassen nötig.

Im Jahr 2004 sind für ein Neuvorhaben zur Verbesserung der Lehrerausbildung in drei nordöstlichen und einer noch zu bestimmenden südlichen Provinz weitere 12 Millionen Euro von der deutschen Bundesregierung zugesagt worden. Diese Maßnahmen umfassen den Bau und die Ausstattung von Lehrerausbildungsinstituten und Grundschulen, die auch die praktische Ausbildung der Lehrer ermöglichen sollen. Die GTZ ist verantwortlich für die Gestaltung der Ausbildung. Der Projektbeginn ist für Mitte 2005 geplant.

Neben der Grundbildung unterstützt die KfW auch die afghanischen Hochschulen: Reparaturen an den Universitäten von Kabul, Jalalabad und Kandahar; Renovierung der Schlafsäle, Küchen und Mensen sowie den Wiederaufbau des Auditoriums in Kabul. Um der großen Nachfrage zu begegnen, wurden an der Hochschule für Lehrerbildung von Parwan Verwaltungsräume in Schlafsäle umgewandelt und mit sanitären Einrichtungen versehen.

Die Wirkungen

Mit Wiedereröffnung der Schulen setzte ein Ansturm auf sie ein, der alle Experten überrascht hat. Sogleich waren die Lehrerinnen und Lehrer zur Stelle, um den Unterricht wieder aufzunehmen, schickten Familien ihre Kinder wieder in die Schule, selbst die Mädchen. Der Anteil der Mädchen in den Klassen stieg bald wieder auf 35 Prozent. Durch die Schulbauten konnte der Zugang zur Grundschulbildung für circa 100.000 Kinder und Jugendliche in Kabul, Parwan, Logar, Wardak und Sarobi und der westafghanischen Provinz Badghis erreicht werden.

Die neuen Schulen haben auch eine wichtige Funktion für die sozialen Beziehungen der Kinder und der Erwachsenen. Inmitten der allgemeinen Zerstörung entpuppten sie sich als die ersten „Perlen“ in den Gemeinden, für die sich die Eltern und Lehrer bei Instandhaltung und Wartung verantwortlich fühlen. Das Neuvorhaben der Lehrerausbildung trägt zur Verbesserung der theoretischen und praktischen Ausbildung bei und wird dadurch die Qualität des Grundschulunterrichtes erhöhen. Die Unterstützung der Universitäten und der Hochschule für Lehrerbildung hat den Zugang zur Hochschulbildung und die Lehr- und Lernbedingungen verbessert.

Kurs auf die Millenniumsziele

Seminar für Journalistinnen und Journalisten 12.–13. Juni 2005 in Potsdam



> Gleichberechtigung (MDG 3)

Guatemala: Nachhaltige Entwicklung beginnt in den Köpfen. Deutsche Finanzielle Zusammenarbeit im Bildungssektor

Referentin: Dr. Claudia Radeke, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Guatemala ist ein multilinguistisches Land, in dem außer Spanisch noch 21 verschiedene Maya-Sprachen, Xinka und Garífuna gesprochen werden. Obwohl 80 Prozent der Kinder bei ihrer Einschulung lediglich ihre lokale Sprache sprechen, werden sie fast ausschließlich in dem ihnen fremden Spanisch unterrichtet, da nur die wenigsten Lehrer die lokalen Sprachen genug beherrschen. Die Einschulungsrate für die Primarschulbildung liegt im Landesdurchschnitt bei rund 90 Prozent. Auf dem Land liegt sie deutlich darunter, da immer noch einige Hunderttausend Kinder, mehrheitlich einer der Maya-Volksgruppen angehörend, keine Schule besuchen können. Dementsprechend sind auch die Analphabetenraten insbesondere unter der indigenen Bevölkerung wesentlich höher als die ohnehin hohe durchschnittliche Analphabetenquote von rund 30 Prozent.

Das Projekt

PRONADE, ein 1994 vom Erziehungsministerium geschaffenes Modellprogramm, hat kleine Bildungskomitees initiiert, die so genannten COEDUCA. Hier organisieren sich Eltern, diskutieren ihre Vorstellungen von Schule und können bei einem regionalen privaten Verbund von Nichtregierungsorganisationen ihre eigene Schule beantragen. Zum ersten Mal ist es nicht mehr das Ministerium in der fernen Hauptstadt, das über die Einrichtung einer Schule entscheidet, sondern die Elterninitiative vor Ort trägt Verantwortung für den Bau, die Lehrkräfte, den Unterricht und die Verwaltung der Schule. Auch die Mütter sind an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt. Damit die Elterninitiativen auch in finanziellen Dingen möglichst eigenständig sind und einen Planungsspielraum haben, stellt ihnen das Finanzministerium die Mittel für die Bezahlung der Lehrer quartalsweise zur Verfügung. Die COEDUCA achten bei der Einstellung von Lehrern und Lehrerinnen darauf, dass sie die Sprache der Kinder sprechen und die Kultur der Region kennen. Die Maya-Kinder sitzen nun nicht mehr stumm im Unterricht, sondern lernen mit ihnen vertrauten Wörtern. Noch eine Besonderheit von PRONADE: Auf den Schulbänken sitzen – nacheinander - zwei Generationen: die Kinder und deren Eltern.

Zu den von der KfW Entwicklungsbank finanzierten Maßnahmen in Höhe von insgesamt 28,1 Millionen Euro zählen die Reparatur und Ausstattung von Klassenräumen bestehender Schulen, die Herstellung von Schulbüchern in den wichtigsten Maya-Sprachen und in spanischer Sprache, die Ausstattung von einfachen Schulbibliotheken, die Beschaffung von Arbeitsmaterialien und autodidaktischem Lernmaterial für Lehrer sowie die Einrichtung von Lehrerfortbildungszentren. Im Rahmen von PRONADE soll auch die Gleichstellung der Geschlechter gefördert werden. Bei grundsätzlich gleichen Zugangschancen für Jungen und Mädchen werden im Rahmen von PRONADE Maßnahmen durchgeführt, die die Schulverweildauer von indigenen Mädchen erhöhen.

Die Wirkungen

Das FZ-Grundbildungsprogramm PRONADE soll dazu beitragen, den Zugang zur Vor- und Grundschulbildung und deren Qualität nachhaltig zu verbessern. Zum Ende des 1. Quartals 2005 wurden dank des Vorhabens mindestens 450.000 Kinder aus ländlichen Regionen zusätzlich in PRONADE-Vor- oder Primarschulen eingeschult. Ferner verwalten inzwischen mehr als 4.600 COEDUCAs ihre Schulen dezentral selbst. Das Erziehungsministerium beabsichtigt, Elemente dieser dezentralen Struktur flächendeckend auch bei Nicht-PRONADE-Schulen einzuführen.



> Gleichberechtigung (MDG 3)

Jemen: Nachhaltige Entwicklung beginnt in den Köpfen. Deutsche Finanzielle Zusammenarbeit im Bildungssektor

Referentin: Dr. Claudia Radeke, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Mädchen im Jemen werden früh zu erwachsenen Frauen. Statt im Klassenzimmer zu sitzen und zu lernen sollen sie heiraten – manchmal schon im Alter von elf oder zwölf Jahren. Nur wenige gehen mehr als vier oder fünf Jahre lang zur Schule, die Hälfte aller Mädchen gar nicht. Trotz großer Anstrengungen des jemenitischen Staates zögern gerade in ländlichen Gebieten noch viele Väter, ihre Töchter in die Schule zu schicken. Der jemenitische Staat legt zwar Wert auf gemeinsamen Unterricht von Jungen und Mädchen, um die traditionellen Barrieren langsam abzubauen. Die Praxis sieht allerdings anders aus. Es hat sich gezeigt, dass ältere Mädchen in der Regel nur dann in der Schule bleiben, wenn bestimmte Voraussetzungen geschaffen sind: separater Unterricht, reine Mädchenschulen, schützende Umzäunungen um die Schulen und vor allem Lehrerinnen.

Das Projekt

Ein Weg, den die KfW Entwicklungsbank im Jemen beschreitet, heißt Dezentralisierung: Das von ihr geförderte Schulbauprogramm übergibt den Bildungsverwaltungen in den Provinzen Ibb, Abyan, Hajja und Marib die Verantwortung für die Ausführung des Vorhabens und bindet die Gemeinden vor Ort mit ein. Gemeinsam mit den Elternkomitees, die im Jemen vor allem Väterkomitees sind, sind sie für die Bauüberwachung, die Reparatur und den Unterhalt zuständig.

Kern des Programms der KfW Entwicklungsbank ist der Bau neuer Schulen und Klassenzimmer sowie deren Möblierung, die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, aber auch das Renovieren von alten Schulen inklusive der Errichtung von Toiletten und Umzäunungen. Hierfür werden etwa 29,3 Millionen Euro bereitgestellt. Die Mädchenbildung wird durch verschiedene Maßnahmen gefördert, wie zum Beispiel die Unterstützung von Väter- und Mütterräten, durch die Auswahl von Schulstandorten mit bisher niedriger Einschulungsrate von Mädchen, durch Baumaßnahmen, die den Schulbesuch von Mädchen erleichtern (Umfassungsmauern, getrennte Räume und Sanitäreinrichtungen etc.) sowie durch den Bau von Sekundarschulen für Mädchen.

Um Synergieeffekte zu erzielen, ist die Kooperation zwischen KfW Entwicklungsbank und GTZ, aber auch mit dem DED, besonders eng. Die GTZ befasst sich seit einigen Jahren in den vier Provinzen gezielt mit der Lehrerbildung, der Fortbildung von Mitarbeitern der Bildungsverwaltung sowie der Förderung der Mädchenbildung. Der DED wiederum kümmert sich insbesondere darum, die Beteiligung der Gemeinden bei Bildungsmaßnahmen zu stärken. Mittelfristig ist geplant, zusammen mit Weltbank, Großbritannien und den Niederlanden eine Korbfinanzierung im Bildungssektor durchzuführen. Die Finanzierung bestimmter Maßnahmen soll dabei an einen sektoralen strategischen Aktionsplan gekoppelt werden. Ziel dieser Bündelung und Harmonisierung der Geberbeiträge ist ein effizienterer Einsatz der verfügbaren Finanz- und Humanressourcen im Bildungssektor.

Die Wirkungen

Das Engagement der Eltern war bisher außerordentlich groß: Sie planten nicht nur mit, sondern beteiligten sich an Abriss- und Sanierungsarbeiten oder vergaben sie an lokale Handwerker. So entstand neuer und verbesserter Schulraum für etwa 110.000 Schüler. Auch die Einschulung von Mädchen erhöhte sich substantziell: In der Provinz Ibb stieg sie beispielsweise auf 38 Prozent. Durch die Unterstützung der GTZ im Bereich der dezentralen Lehrerausbildung hat sich ebenfalls die Zahl der Lehrerinnen in beiden Provinzen erhöht.



> Gleichberechtigung (MDG 3)

Guinea: Nachhaltige Entwicklung beginnt in den Köpfen. Deutsche Finanzielle Zusammenarbeit im Bildungssektor

Referentin: Dr. Claudia Radeke, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Die Eltern erinnern sich noch gut an den Tag, an dem sie von Mitarbeitern der KfW Entwicklungsbank zu einem Gespräch über eine Dorfschule eingeladen worden waren. In die Schule hatten sie ihre Kinder zwar auch vorher schon geschickt. Aber der Weg dorthin war weit und ermüdend: Tag für Tag acht Kilometer hin, acht Kilometer zurück, in der Sommerhitze und im Regen. Viele Kinder gingen deshalb immer unregelmäßiger – und zuletzt gar nicht mehr – zum Unterricht. Da die Mütter vor allem ihre Töchter gut zu Hause gebrauchen konnten, drängten sie meist nicht. Die Einschulungsraten sind Spiegelbild dieser Realität: 2003/04 waren 89 Prozent der Jungen eingeschult im Vergleich zu 69 Prozent der Mädchen – auf dem Lande sind diese Unterschiede noch ausgeprägter.

Das ist heute in den Projektregionen anders. Das Dorf hat seine eigene Schule. Der Preis dafür war die Mitarbeit der Eltern: Tagelang, wochenlang Baumaterial und Wasser herbeitragen. Wenn sie heute das schöne Gebäude sehen, sind sie stolz auf das gemeinsam Erreichte.

Das Projekt

Mit der KfW-Finanzierung aus Mitteln der Bundesregierung in Höhe von 12,8 Millionen Euro können in den ländlichen Regionen Mittelguineas 800 Klassenzimmer gebaut und mit Möbeln, Lehrmaterial und Latrinen ausgestattet werden. Dieses Vorhaben ist Teil des nationalen Bildungsprogramms „Equité et Amélioration des Ecoles“, das eine Reihe von Geberorganisationen unter Federführung der WB einschließt. Für die enge Zusammenarbeit zwischen dem Projekt und den Gemeinden ist eine Beraterin mit ihrem Team verantwortlich. Sie stellen den etwa 10 Prozent Beitrag der Gemeinden zu den Baukosten sicher, entwickeln gemeinsam mit den Elternverbänden ein Instandhaltungssystem und arbeiten darauf hin, dass in den neuen Schulen die Hälfte aller Kinder Mädchen sind.

Wichtig für den Erfolg des Bildungsvorhabens ist die Kooperation mit anderen Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der Region, wie beispielsweise mit einem GTZ-Projekt, das Lehrerinnen zur Förderung der Mädcheneinschulung fortbildet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt zudem auf der HIV/AIDS-Prävention rund um die Schule. Dazu gehören auch die Handwerker und Bauarbeiter in den Schulbau- und Renovierungsprojekten. Sie wandern oft mit den Baustellen mit und sind damit eine besondere Risikogruppe. Über Sensibilisierungsmaßnahmen lernen sie nun mehr über die Infektion, den einfachen Zugang zu Kondomen und wie sie ihr Verhalten ändern müssen – zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutz der Dorfbewohnerinnen im Umkreis der Baustellen.

Die Wirkungen

Das Vorhaben der KfW Entwicklungsbank hat durch den Bau der Schulgebäude den Zugang für etwa 20.000 Schüler und Schülerinnen geschaffen, die Hälfte davon sind Mädchen. Mit dem Bau der eigenen Dorfschule hat sich auch die Einstellung vieler Eltern verändert. „Wo deine Schweißtropfen hingefallen sind“, sagt ein guineisches Sprichwort, „da wirst du dich auch um die Probleme kümmern. Wo du nichts investiert hast, ist es auch nicht dein Problem.“ Und so halten sie ihre Kinder, auch die Mädchen, nicht länger vom Schulbesuch ab: Zu Hause erzählen die Kinder von ihrem Schultag. Und so lernen die Eltern mit und erkennen, dass auch sie von der Bildung ihrer Kinder profitieren können. Die Sensibilisierungsmaßnahmen der Elternverbände tragen zur Selbstverwaltung der Gemeinden bei, die sich nun für Ihre Dorfschule verantwortlich fühlen und bei Problemen selbst mit anpacken.

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Gesundheit (MDG 4-6)

Grundsätze und Einschätzungen

Referent: Dr. Wolfgang Bichmann, KfW Entwicklungsbank

Das Ziel

Gesundheit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen, Voraussetzung für individuelle und gesellschaftliche Produktivität und daher ein wichtiges Entwicklungsziel. Mit den drei direkt gesundheitsbezogenen Millenniumszielen wird auf besonders anfällige Gruppen – Kinder, junge Frauen und Mütter – sowie auf wichtige Einzelkrankheiten Bezug genommen. In den letzten Jahrzehnten konnten auf diese Weise erhebliche Fortschritte bei der Bekämpfung von Krankheiten und deren Ursachen gemacht werden, was sich in einer steigenden Lebenserwartung in allen Weltregionen - mit Ausnahme von Süd- und Ostafrika sowie Osteuropa - niederschlägt.

Stand der Umsetzung

Trotz dieser Erfolge sterben jährlich noch immer zwei Millionen Menschen an Tuberkulose (TBC) und über 500.000 Frauen sterben jedes Jahr aufgrund von Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt. 300 bis 500 Millionen Malariafälle jährlich verursachen weltweit etwa 1,5 bis 2,7 Millionen Todesfälle, insbesondere bei Kleinkindern. Weiter verursachen sie erhebliche Produktionsausfälle in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Mehr als 20 Millionen Menschen haben durch die erworbene Immunschwäche (AIDS) bereits ihr Leben verloren. Mehr als 42 Millionen Menschen sind mit dem lebensbedrohenden Virus (HIV) infiziert. Krankheit und damit verbundene Kosten bedeuten für viele Menschen in Entwicklungsländern den Weg in die Armut. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten vieler Krankheiten vergrößern die Armut und gefährden die Entwicklungschancen vieler Länder.

Die meisten Todesfälle ereignen sich in Ländern mit einem niedrigen Einkommen, aber auch unter armen Bevölkerungsschichten in Ländern mittleren Einkommens. In Ländern Afrikas, Südasiens und Osteuropas bleibt die Umsetzung der drei gesundheitsbezogenen Millenniumsziele – im Vergleich etwa zum Grundbildungsziel – deutlich hinter der Zielplanung zurück.

Zwei beispielhafte Projekte

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt die Stärken ihrer verschiedenen Durchführungsorganisationen zunehmend in gebündelter Form in der Förderung von Vorhaben der Partnerländer ein. Dies zeigt sich auch an den Projektbeispielen aus Afrika.



> Gesundheit (MDG 4-6)

Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (MDG 4)

Das Ziel

Seit über 20 Jahren verbreitet sich HIV/AIDS auf der Welt. Inzwischen tragen mehr als 40 Millionen Menschen das HI-Virus in sich, mehr als 30 Millionen sind bereits an AIDS gestorben, 14 Millionen Kinder verloren durch die Krankheit Mutter, Vater oder beide Eltern, jede Minute infizieren sich acht bis zehn Menschen neu. Fast 95 Prozent der Betroffenen leben in Entwicklungsländern, davon mehr als drei Viertel allein in Afrika südlich der Sahara. Der Kampf gegen AIDS ist eine der größten Herausforderungen für die internationale und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit – und er ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Millenniumsziele.

Zielvorgabe des sechsten Millenniums-Entwicklungsziels ist es, bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand zu bringen und allmählich umzukehren. Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung sind zum Beispiel Erhebungen zur HIV-Infektionsrate bei schwangeren Frauen, die Schulbesuchsquote von AIDS-Waisen im Verhältnis zu Nichtwaisen, die Malaria- und Tuberkulose-Infektionsrate, die Sterblichkeitsrate im Zusammenhang mit Malaria- und Tuberkuloseinfektionen und der Anteil der Bevölkerung in malariagefährdeten Gebieten, der wirksame Verhütungs- und Bekämpfungsmaßnahmen gegen diese Krankheiten nutzt.

Stand der Umsetzung

Der Bericht zum VN-Millenniumsprojekt, den Jeffrey Sachs im Januar 2005 vorlegt hat, gibt auch einen guten Überblick über den Stand der Umsetzung im Hinblick auf das sechste Millenniums-Entwicklungsziel. In den Subsahara-Gebieten Afrikas zum Beispiel ist die Situation bezüglich der Ausbreitung von HIV/AIDS kritisch, aber stabil. Als ebenfalls stabil beurteilt der Bericht die Lage in Südostasien und Lateinamerika/Karibik. Ein Anstieg der Ausbreitung wird zum Beispiel in Europa und Asien verzeichnet. Die Ausbreitung von Malaria ist nur noch in Afrika, südlich der Sahara, hoch. In anderen Regionen wie Nordafrika, Ostasien und Ozeanien bewertet der Bericht sie mit „gering bis mäßig“. Bemerkenswerte Erfolge konnte der Kampf gegen Tuberkulose erzielen: Als „hoch und steigend“ wird die Ausbreitung nur im allgemein stark betroffenen Gebiet der Subsahara bezeichnet. In drei Regionen jedoch (Nordafrika, Westasien und Lateinamerika/Karibik) ist sie „gering und rückläufig“.

Die Bundesregierung stellt allein für die Aids-Bekämpfung pro Jahr durchschnittlich rund 300 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Größenordnung setzt sich rechnerisch zusammen aus jährlichen Durchschnittsbeträgen von Zusagen im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, dem deutschen Beitrag zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), dem rechnerischen deutschen Anteil für AIDS-Bekämpfung im Rahmen der EU-Aktivitäten und des Weltbank-Zuschussprogramms sowie anderen internationalen Organisationen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist bilateral inzwischen in rund 50 Ländern aktiv mit Maßnahmen zum Erreichen des sechsten Millenniumsziels und unterstützt außerdem in 16 Ländern den Gesundheitssektor. Sie fördert seit Jahren besonders die Stärkung und Entwicklung von Gesundheitssystemen durch Beratung der Schwerpunkt- und Partnerländer, durch die Entwicklung von Distriktgesundheitssystemen sowie die Förderung von Familienplanung und reproduktiver Gesundheit und deren Finanzierung. Social-Marketing (kostengünstige und durch Werbe- und Aufklärungskampagnen unterstützte Abgabe u.a. von Kondomen) ergänzt das Angebot von öffentlichen Gesundheitsdiensten.



> Gesundheit (MDG 4-6)

Bekämpfung der Müttersterblichkeit (MDG 5)

Das Ziel

Die Gesundheit von Frauen ist ein entscheidender Parameter für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung. Auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD 1994) in Kairo wurde die enge Verbindung zwischen Entwicklung, Teilhabe/Empowerment und reproduktiver Gesundheit und Rechte anerkannt.

Dennoch sterben jedes Jahr immer noch 529.000 Mütter, jede Minute eine Frau wegen Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt. 99 Prozent dieser Todesfälle treten in Entwicklungsländern auf. Hauptursache hierfür ist der Mangel an Aufklärung und Verhütungsmitteln sowie unzureichender Zugang zu qualitativ guten reproduktiven Gesundheitsdiensten. Dahinter steht häufig die Verweigerung elementarer Grundrechte: das Recht auf freie Entscheidung zur Ehe, auf freie Entscheidung über die Zahl der Kinder, auf freie Entscheidung über Abstände zwischen Schwangerschaften und deren Zeitpunkt, das Recht auf Zugang zu bestmöglichen Diensten der reproduktiven Gesundheit sowie das Recht auf Freiheit vor sexuellem Zwang und sexueller Gewalt. Ungewollte Schwangerschaften, unsichere Abtreibungen, aber auch Infektionen durch sexuell übertragbare Krankheiten einschließlich HIV/AIDS, sind die Folgen. Von den geschätzten 211 Millionen Schwangerschaften jedes Jahr werden etwa 46 Millionen abgebrochen. Jährlich sterben 68.000 Frauen auf Grund nicht fachgerecht durchgeführter Abtreibungen.

Ziel ist, die Müttersterblichkeit (den Tod von Frauen in Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt) global bis zum Jahr 2015 um drei Viertel gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Verbesserte vorgeburtliche Betreuung, sichere Entbindung, Vermeidung und Management ungewollter Schwangerschaften sowie verbesserte gesellschaftliche Unterstützung für schwangere Frauen sind Umsetzungsansätze. Ein verbesserter Zugang zu qualitativ guten reproduktiven Gesundheitsdiensten ist ebenso ein Schlüssel zur Senkung der Müttersterblichkeit wie die Stärkung der gesellschaftlichen Rolle sowie der Rechte von Frauen und Mädchen.

Stand der Umsetzung

Die Müttersterblichkeit ist in Afrika bei weitem am höchsten; für afrikanische Frauen liegt das Risiko im Laufe ihres Lebens bei einer Entbindung zu sterben bei 1 zu 16, verglichen mit 1 zu 2.800 in reichen Industrieländern. Von den 20 Ländern mit den höchsten Müttersterblichkeitsraten befinden sich 19 in Sub-Sahara Afrika. Kritisch ist die Situation auch in Südost-Asien, Südasien und Ozeanien. Bisher können nur wenige Länder ausreichende Fortschritte bei der Zielerreichung vorweisen. Höhere Investitionen im Gesundheits- und Bildungssektor und effizientere Gesundheitssysteme, die auch arme Bevölkerungsgruppen durchgängig einbeziehen, sind dringend erforderlich.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden Maßnahmen zur Verbesserung der Müttergesundheit in Programmen der Basisgesundheitsversorgung und der reproduktiven Gesundheit gefördert. Ansatzpunkte sind: Aufklärung über Verhütungsmethoden und sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, bessere Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln, Ausbildung von Geburtshelfern und medizinischem Personal in Zusammenhang mit Schwangerschaftsvorsorge. Wichtig ist dabei auch die Einbeziehung von Männern. Darüber hinaus tragen Vorhaben der Grundbildung und Frauenförderung indirekt zur Erreichung des Millenniumsziels fünf bei. Weltweit fördert die deutsche EZ derzeit in mehr als 60 Projekten entsprechende Aktivitäten. Hinzu kommen Beiträge zu multilateralen Organisationen (UNFPA, Weltbank, EU etc.) und Nichtregierungsorganisationen.



> Gesundheit (MDG 4-6)

Bekämpfung der Kindersterblichkeit (MDG 6)

Das Ziel

Allein in diesem Jahr werden fast elf Millionen Kinder vor ihrem 5. Geburtstag sterben; fast alle davon in Entwicklungsländern an oft vermeidbaren und behandelbaren Erkrankungen; vier Millionen sterben bereits im ersten Lebensmonat. Häufigste Todesursachen sind akute Atemwegsinfektionen, Durchfallerkrankungen, Masern und Malaria. Durch Verbesserungen bei Ernährung und medizinischer Versorgung könnte der Großteil dieser Todesfälle vermieden werden. Einigen Ländern ist es in den letzten 25 Jahren gelungen, die Kindersterblichkeit erheblich zu reduzieren; seit den 90er Jahren hat sich dieser Trend jedoch verlangsamt. Die HIV/AIDS Pandemie und die Übertragung des Virus von Müttern auf ihre Kinder ist ein Grund dafür.

Den Kreislauf zwischen Armut, Unternährung und schlechter Gesundheit gilt es zu durchbrechen. Dabei steht die Kindersterblichkeit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Müttergesundheit, da der schlechte Ernährungszustand der Mutter sich oft in Mangelernährung der Neugeborenen und weiteren Folgen fortsetzt (z. B. schwaches Immunsystem, Wachstumsstörungen). Ziel ist es, die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren bis 2015 um zwei Drittel zu senken.

Stand der Umsetzung

Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren sank weltweit zwischen 1970 und 2003 von 146 auf 79 pro 1.000 Lebendgeburten. Die regionalen Unterschiede sind jedoch beachtlich. Während in 93 Ländern (40 Prozent der Weltbevölkerung) ein schneller Rückgang der Kindersterblichkeitsraten zu verzeichnen ist, gibt es in 51 Ländern (48 Prozent der Weltbevölkerung) nur langsame Fortschritte. In 43 Ländern (12 Prozent der Weltbevölkerung), insbesondere in Afrika, stagniert die Kindersterblichkeitsrate oder steigt sogar wieder. In Afrika sterben sieben Mal so viele Kinder unter fünf Jahren wie in Europa. 1980 lag diese Ziffer bei 4,3.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit einen integrierten Programmansatz. Dieser beinhaltet sowohl präventive als auch kurative Elemente, die von Gesundheitsdiensten, Gemeinden und Familien gleichermaßen umgesetzt werden. Wichtig sind, insbesondere in Afrika, in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen zur Prävention von HIV/AIDS-Erkrankungen.

Die Zusammenarbeit erfolgt lokal, regional und national sowie unter Einbindung der Zivilgesellschaft. Dabei umfasst die Beratung im Gesundheitsbereich auch die kritische Auseinandersetzung mit solchen Traditionen, die Menschenrechtsverletzungen darstellen und die Gesundheit von Kindern gefährden, wie die weibliche Genitalverstümmelung und die geringe Wertschätzung von Mädchen im Vergleich zu Jungen.

Bessere Bildung der Mütter trägt wesentlich zur Reduzierung der Kindersterblichkeit bei und hat oft eine geringere Anzahl von Kindern zur Folge. Maßnahmen im Grundbildungsbereich, Fortbildungsangebote zur gesundheitlichen Aufklärung und auch zu Menschenrechten werden daher besonders unterstützt. Kinder in sehr großen Familien sind in armen Ländern mit größerer Wahrscheinlichkeit mit Nahrung, Medizin und Zuwendung unterversorgt. Aufklärung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte und die Bereitstellung einer entsprechenden Auswahl an Verhütungsmethoden sind daher besonders wichtig. Neben bilateraler Hilfe leistet die Bundesregierung durch ihre Beiträge zu multilateralen Organisationen wie WHO und UNICEF Hilfe bei nationalen Impfkampagnen gegen Masern und Kinderlähmung sowie Programmen zur rechtzeitigen Behandlung von Erkrankungen, die sich vor allem an Kinder und Mütter richten.



> Gesundheit (MDG 4-6)

Afrika: Kranke Unternehmen – Mit Arbeitsplatzprogrammen gegen HIV/AIDS

Referent: Dr. Winfried Zacher, Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

Die Ausgangslage

Die AIDS-Pandemie ist im Südlichen Afrika nicht nur eine kaum zu ermessende menschliche Tragödie, sondern auch ein katastrophaler Rückschlag für die wirtschaftliche Entwicklung. Eine Rate von 18 Prozent HIV-Positiver in der Altersgruppe der 15-49-Jährigen im städtischen Milieu in Südafrika bedeutet, dass ein entsprechend hoher Prozentsatz der Arbeitskräfte in Betrieben und Verwaltung durch sich häufende Erkrankungen, am Ende Siechtum und Tod ausfällt. Zwischen 1992 und 2000 wirkte sich dies in einer wirtschaftlichen Rezession von ca. einem Prozent aus. Der Verlust besonders der hoch qualifizierten Fachleute, die nicht kurzfristig zu ersetzen sind, bedroht die Zukunft der Unternehmen. Investitionen in das „Humankapital“ sind verloren, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiterschaft vor der Krankheit ergriffen werden. Mit „Arbeitsplatzprogrammen“ haben vorausschauende Großunternehmen in Südafrika schon vor einigen Jahren begonnen.

Das Projekt

Der DED und Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) haben sich der Zielgruppe Klein- und Mittelunternehmen (20 - 200 Beschäftigte) zugewandt. Sie haben die gleichen Probleme wie die Großbetriebe, sind aber vielfach noch nicht „problemsensibel“ und ihnen fehlen die Mittel und die Expertise zur Konzeption und Durchführung angepasster Betriebsprogramme. InWEnt hat Kontakte zu Handelskammern, Gewerkschaften und Betrieben und finanziert Workshops, Materialien etc. Der DED stellt die Fachkräfte für das Mitte 2003 gestartete Projekt „Aids Workplace Programs in Southern Africa (AWISA)“ zur Ausbildung von Trainern und „focal persons“.

In Südafrika, Namibia, Mosambik, Sambia, Malawi, Tansania organisiert je eine DED-Fachkraft die Ausbildung zu Trainern. Diese und die DED-Fachkräfte suchen in den Betrieben geeignete Personen, die sich zu „focal persons“ ausbilden lassen wollen, sich dann in ihren Betrieben für die Einrichtung von Arbeitsplatzprogrammen einsetzen und selbst darin die entscheidenden Ansprechpartner sind.

Die Gesunderhaltung der Mitarbeiterschaft dient nicht nur den Betrieben. Arbeitsplatzprogramme können ein Kernstück der „AIDS-Strategie“ in den Hochprävalenzländern werden, wenn auch möglichst viele mittlere und kleine Unternehmen mitmachen. Über die Infrastruktur der Arbeitswelt sind die Menschen erreichbar für Informationen, für Serviceleistungen, für motivierende Kontaktarbeit. Und: jede AIDS-Aktivität außerhalb der Gesundheitsdienste, die über anonyme MasseninFORMATION hinausgeht, wirkt der schädlichen Tabuisierung des Themas AIDS entgegen.

Die Wirkungen

57 Arbeitsplatzprogramme wurden bereits begonnen. Bis 2007 sollen es 90 sein sowie 500 „focal persons“. Ein voll ausgebautes Arbeitsplatzprogramm bietet, in Zusammenarbeit mit Gesundheitseinrichtungen und Sozialzentren, den Betriebsangehörigen Folgendes: Informationen zu allen Fragen im Zusammenhang mit AIDS, kostenlose und diskrete Versorgung mit Kondomen, Vermittlung von Testmöglichkeiten und Beratung, Vermittlung antibiotischer, zunehmend auch antiviraler Therapie für Erkrankte, Vermittlung sozialer Unterstützung für Betroffene und ihre Familien. HIV-positive und erkrankte Mitarbeiter werden durch eine Betriebsvereinbarung vor Diskriminierung geschützt.

Funktionierende Arbeitsplatzprogramme werden Schule machen, die Zahl der Infektionen vermindern und die Gesundheit bereits infizierter Personen und ihre Leistungsfähigkeit verbessern.



> Gesundheit (MDG 4-6)

Tansania, Kamerun, Ruanda: Mehr als ein Menschenrecht: Gesundheit

Referentin: Claudia Kornahrens, Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt)

Die Ausgangslage

In den Millenniums-Entwicklungszielen sind drei der acht Zieldefinitionen gesundheitsbezogen: Die Senkung der Kindersterblichkeit (MDG 4), die Verbesserung der Gesundheit von Müttern (MDG 5) und die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (MDG 6). Und der jüngst erschienene Bericht des Millenniumsprojekts „Investing in Development“ betont, dass Gesundheit nicht nur ein Menschenrecht, sondern ein Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung ist.

Besonders die Armen in Entwicklungsländern haben nur schwer – wenn überhaupt – Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung. Nicht nur, dass die Budgets unzureichend sind; es gibt darüber hinaus in zentralisierten Gesundheitsstrukturen fragwürdige Schwerpunktsetzungen, begleitet von schlecht funktionierenden Gesundheitseinrichtungen.

Der Bericht von Jeffrey Sachs von 2005 enthält einen Maßnahmenkatalog mit den notwendigen Investitionen, um die drei gesundheitsrelevanten MDGs zu erreichen. Danach sind unter anderem der Zugang zu Medikamenten, die Stärkung von Gesundheitssystemen durch Personalentwicklung sowie das Thema „Sexuelle und Reproduktive Gesundheit“ vorrangige Handlungsfelder. Eine nachdrückliche Empfehlung gibt er für die Stärkung integrierter Distriktgesundheitssysteme.

Das Projekt

InWEnt führt Capacity Building-Programme zum Beispiel zur Entwicklung von Curricula für die Ausbildung in Gesundheitsberufen sowie Trainings für Distriktgesundheits-, Krankenhaus- und Medikamentenmanagement durch.

Im Tanzanian-German Programme to Support Health (TGPSH) – in dem InWEnt, GTZ, KfW Bankengruppe und DED die „Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss“ praktizieren – konzentriert sich InWEnt auf „Personalentwicklung im Gesundheitswesen“.

In Kamerun und Ruanda nehmen Peer Educators an InWEnt-Trainings teil, um zu lernen, mit Jugendlichen über Schwangerschaftsschutz und HIV/Aids zu sprechen. InWEnt unterstützt auch die Integration des Themas „reproduktive Gesundheit“ in nationale Ausbildungspläne.

Die Wirkungen

Die Projekte zielen auf eine höhere Effizienz in der Basisgesundheitsversorgung und in Planungs- und Entscheidungsprozessen im Gesundheitsmanagement. Sie stärken die fachliche und methodische Kompetenz von Beschäftigten im Gesundheitswesen – sei es in der Gesundheitsvorsorge oder -pflege, im Management oder in der Ausbildung von Gesundheitspersonal.

Nachhaltige und langfristige Wirkungen werden dort erreicht, wo Projektideen in nationale Strategien der Gesundheitspolitik einfließen oder Anstöße liefern – zum Beispiel bei der Einrichtung eines neuen Studiengangs, der zum „Master of Public Health“ führt oder bei der Entwicklung eines Trainings zum Thema „reproduktive Gesundheit“ für traditionelle Beschneider.

InWEnt zielt mit all seinen Maßnahmen auf ein Capacity Building, das Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen fördert: Wir stärken individuelle Handlungskompetenzen, erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und wir verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene. Das Ziel sind kompetente und verantwortungsbewusste Führungskräfte, starke Institutionen und transparente Prozesse.

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Umwelt (MDG 7)

Grundsätze und Einschätzungen

Referent: Peter Christmann, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das Ziel

Entwicklung, Friede, Sicherheit und der Schutz der Umwelt und der Naturressourcen sind eng miteinander verflochten. Die Welt ist aber von der Erreichung des MDG 7 (Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit) noch weit entfernt. Dabei bestehen vielfältige Wechselbeziehungen zwischen der Art, wie wir mit den Naturressourcen der Welt umgehen, und möglichen Fortschritten bei den anderen MDGs. Die weltweit wachsende Zerstörung der natürlichen Ressourcen gefährdet die wirtschaftliche und soziale Existenzgrundlage von Millionen von Menschen - bei uns, vor allem aber in den Entwicklungsländern. Während in den industrialisierten Staaten Umweltprobleme zumeist als Folgen des Entwicklungsprozesses und von „nicht nachhaltigen“ Produktionsweisen und Konsummustern entstehen, sind in vielen Entwicklungsländern Armut, Bevölkerungswachstum, falsche Rahmenbedingungen und fehlendes Wissen über Alternativen die entscheidenden Faktoren.

Gemeinsames Ziel in Nord und Süd muss es sein, weltweit ökologisch effizient zu wirtschaften und Naturressourcen und Energie in einer Weise zu nutzen, die der Tragfähigkeit der Umwelt Rechnung trägt. Ohne Armutsbekämpfung kann es keine nachhaltige Entwicklung geben – und ohne ökologische Nachhaltigkeit keine erfolgreiche Armutsbekämpfung. Diese Grunderkenntnis bestimmt auch die Handlungsmaximen der Entwicklungspolitik.

Stand der Umsetzung

Für das Ziel einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung setzt sich das BMZ in politischen Abstimmungsprozessen im Ressortkreis, in der EU und in internationalen Institutionen ein. Partnerländer unterstützen wir bei der Erarbeitung ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategien und anderen relevanten Politikansätzen durch Dialog, Beratung und Know-how-Übertragung.

Das BMZ ist ein wichtiger Partner in Institutionen, die dem globalen Umweltschutz dienen: Die Globale Umweltfazilität (GEF) wurde von uns mitgegründet, seit 1991 wurden ihr rund 7,4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt. Etwa 11,5 Prozent der Mittel kommen aus dem Etat des BMZ. Deutschland steht damit an dritter Stelle der Beitragszahler wie auch beim Montrealer Protokoll, das dem Schutz der Ozonschicht dient. Von den bisher eingezahlten 2,075 Milliarden US-Dollar steuerte der BMZ-Haushalt hier circa 11 Prozent bei. Bei der Entwicklung neuer Instrumente, unter anderem zum Klimaschutz, arbeitet das BMZ im Ressortkreis, in der EU und international aktiv mit. Mit Konferenzen zu den Themen „Wasser“ (2001) und „Energie“ (2004) hat das BMZ eine Schrittmacherverolle übernommen. Dort wurden Politikempfehlungen vereinbart und konkrete Maßnahmen, beispielsweise zur Förderung der erneuerbaren Energien, beschlossen.

Die „ökologische Nachhaltigkeit zu sichern“ berührt unterschiedliche Politikfelder: die Industrie-, die Umwelt-, die Agrar- sowie die Handelspolitik. In der Entwicklungszusammenarbeit ist „Umwelt“ deshalb eine „Querschnittsaufgabe“, die mit 26 Partnerländern einen Schwerpunkt unserer bilateralen Zusammenarbeit bildet. Im Jahre 2004 wurden knapp 43 Prozent der bilateralen Mittel des BMZ für entsprechende Programme/Projekte zugesagt.

Zwei beispielhafte Projekte

Wie die Entwicklungszusammenarbeit massive Verbesserungen in den Partnerländern anstoßen kann, veranschaulicht ein Projekt zum Abfallmanagement auf den Philippinen. Das Engagement der KfW Entwicklungsbank zugunsten von Aufforstungen in Vietnam zeigt die Verknüpfung von Umweltverbesserungen und Armutsminderung. Beide Projekte haben in den Ländern bereits Nachahmer gefunden.

Kurs auf die Millenniumsziele

Seminar für Journalistinnen und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Umwelt (MDG 7)

Philippinen: Abfallmanagement konkret - Umwelt schützen und Einkommen schaffen

Referent: Dr. Ralf Sanftenberg, Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

Die Ausgangslage

Das Bild war idyllisch und schrecklich zugleich: Vor der malerischen Palmenkulisse der Südbucht von Bais - einer Kleinstadt an der Ostküste der philippinischen Insel Negros - stieg beißender Rauch und Gestank aus der Müllkippe in den blauen Tropenhimmel. Der gesamte Abfall der Stadt wurde auf einer unregelmäßigen Müllkippe abgeladen. Während es hinten rauchte, holte sich vorne das Meer Plastiktüten, Getränkepackungen und organische Abfälle aus der Kippe. Mehrfach kam es zu Fischsterben und die Fischerfamilien der Stadt waren in ihrer Existenz bedroht.

Das Projekt

Seit 2001 schreiben Gesetze auf den Philippinen die Schließung aller unregelmäßigen Müllkippen bis 2004 und den Betrieb von geordneten Deponien ab 2006 für alle Kommunen vor. Mangelndes Know-how – es gibt in den Philippinen keine Ausbildung in Umweltingenieurwissenschaften – und die schlechte Finanzausstattung der Kommunen erschweren die Umsetzung der Gesetze. Von 2000 bis 2004 hat der DED die Stadt Bais beim Aufbau einer geregelten Mülldeponie unterstützt. In nur drei Jahren wurde ein geeigneter Standort identifiziert, das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen, eine Mülltrennung eingeführt und die Deponie in Anwesenheit der philippinischen Präsidentin eröffnet. Am 2. April 2003 wurde Bais die zweite Stadt in der zentralphilippinischen Inselgruppe der Visayas mit einer geordneten Mülldeponie. Die von der DED-Fachkraft Dr. Johannes Paul entwickelte Basisabdichtung aus lokalem Ton – statt der üblichen Plastikplanen – senkte die Kosten um mehr als die Hälfte. Die gesamten Kosten für Deponie-Einrichtung und Betrieb konnten so von der Stadt finanziert werden.

Zugleich entstand, von der DED-Fachkraft angeregt und gefördert, die privatwirtschaftliche Recycling Initiative Bais City (RIBA), die Getränkeverpackungen sammelt und zu farnefrohen, praktischen Taschen, Geldbörsen und Rucksäcken verarbeitet.

Die Wirkungen

Die Umwelt- und Gesundheitssituation in Bais hat sich deutlich verbessert: Die wilde Müllkippe am Strand gibt es nicht mehr. Die Fischsterben gehören der Vergangenheit an. Weder Rauchsäulen noch Gestank weisen mehr auf die Existenz einer Mülldeponie hin. Durch Mülltrennung, Recycling und die Kompostierung organischer Abfälle hat sich das Müllaufkommen halbiert. Die Luft- und Wasserqualität sind spürbar besser geworden. Die Deponieabwässer werden gesammelt und aufbereitet, in einer Pflanzenkläranlage gereinigt und erst dann wieder dem natürlichen Wasserkreislauf zugeführt. Klagen der Anwohner über Gesundheitsgefährdungen durch verseuchtes Trinkwasser und der Landwirte nahe der Deponie über Missernten gibt es nicht mehr.

Die Stadtverwaltung ist stolz auf ihr Abfallmanagement. Seit der Deponieeröffnung sind über 2.000 Bürgermeister und Angestellte aus anderen Kommunen nach Bais gekommen, um die vorbildliche und erschwingliche Anlage kennen zu lernen. Eine Reihe von ihnen hat beim DED um Unterstützung angefragt. Inzwischen arbeiten weitere DED-Fachkräfte in den Städten Dumaguete und San Carlos. Die Erfahrungen bei der Einrichtung der Deponie in Bais werden derzeit in einer Filmdokumentation zusammengestellt.

Die Recyclinginitiative schafft inzwischen ein Einkommen für mehr als 60 Menschen. Einfälle statt Abfälle ist ihr Motto. Monatlich werden 70.000 Getränkertüten zu 3.000 Produkten verarbeitet und zu 70 Prozent nach Deutschland exportiert. Der DED half entscheidend, den deutschen Markt für diese Artikel zugänglich zu machen.

Kurs auf die Millenniumsziele

Seminar für Journalistinnen und Journalisten 12.–13. Juni 2005 in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Umwelt (MDG 7)

Vietnam: Von Bäumen, Wäldern und Menschen

Referenten: Peter Hilliges und Dr. Klaus Müller, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

In Vietnam haben Bevölkerungsdruck und Krieg viel Wald zerstört. Nur noch ein Fünftel des Forstlandes in den Projektprovinzen Bac Giang, Quang Ninh und Lang Son ist bewaldet. Folgen der Entwaldung sind unter anderem Bodenerosion, Überschwemmungen und die Ablagerung von Sedimenten in Bewässerungssystemen und auf Feldern sowie Holzangel und der Verlust biologischer Vielfalt.

Die meisten Haushalte können von landwirtschaftlichen Einkommen allein nicht leben. Auch wenn ihre Arbeitskapazität meist nicht ausgelastet ist, gibt es doch kaum Zusatzeinkommen. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt in der Projektregion mit rund 160 US-Dollar nur bei der Hälfte des Landesdurchschnitts.

Das Projekt

Ein innovatives Vorhaben der KfW Entwicklungsbank mit „grünen Sparbüchern“ trägt zur Wiederaufforstung und nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen bei. Arme Bauernfamilien erhalten langfristige Nutzungsrechte an staatlichem Forstland, forsten sie als Nutzwälder mit standortgerechten Baumarten auf und bewirtschaften sie. So können sie kurz- und mittelfristig Arbeitseinkommen sowie mittel- bis langfristig Erträge aus Holz und Nebenprodukten erzielen.

Die KfW Entwicklungsbank finanziert alle Investitionen, die für die Planung und Realisierung der Aufforstungen nötig sind. Vor allem aber unterstützt sie die Bauern. Sie erhalten Pflanzgut und Dünger kostenlos als „Startkapital“ und führen dann alle Arbeiten selbst durch. Dafür erhalten sie Pauschalbeträge, die je nach Baumart variieren und rund 80 Prozent der Arbeitskosten decken. Das Geld wird auf Sparbücher eingezahlt und kann in festgelegten Teilbeträgen einschließlich Zinsen über einen Zeitraum von acht Jahren ausbezahlt werden, sofern die Arbeitsqualität den Projektstandards entspricht. Vertreter der Distriktforstverwaltung und ein Dorfvertreter prüfen vor jeder Auszahlung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Die Erfahrungen mit diesem Modell, dem die Projekte einen großen Teil ihres Erfolges verdanken, sind sehr positiv. Nur selten müssen Auszahlungen wegen schlechter oder nicht erbrachter Leistung verweigert werden. Alle Dorfbewohner, auch die Frauen, werden mit ihren spezifischen Belangen in Planung und Organisation des Vorhabens einbezogen.

Die Wirkungen

Das Projekt trägt unmittelbar zum Erreichen der Millenniumsziele in Vietnam bei, vor allem zur Verringerung der Armut (MDG 1) und zum nachhaltigen Umweltmanagement (MDG 7):

Die Einkommen aus der Waldbewirtschaftung wirken direkt und durch verbesserte Anbaubedingungen indirekt armutsmindernd (MDG 1). Die Aufforstung brachliegender Flächen schafft Einkommensquellen und ermöglicht den Bauern, Forstmaßnahmen in privatem Engagement durchzuführen. Ihr Haushaltseinkommen steigert sich allein in den ersten Projektjahren um bis zu 30 Prozent. Mit zunehmender Wertschöpfung der Forstflächen wird eine weitere Steigerung erwartet.

Die aufgeforsteten Flächen verringern die Sedimentablagerung in Bewässerungssystemen und verbessern den Bodenwasserhaushalt. Die landwirtschaftlichen Erträge steigen. Die Wälder wirken ausgleichend auf Wasserhaushalt und Kleinklima. Die Vielfalt von Flora und Fauna nimmt zu, Lebensräume seltener Arten entstehen und können deren Wiederausbreitung fördern (MDG 7).

Das Projekt hat Modellcharakter. Die „grünen Sparbücher“ tragen mittlerweile in elf weiteren Provinzen in Nord- und Zentralvietnam zur Armutsminderung und zum nachhaltigen Umweltmanagement bei. Insgesamt werden 130.000 ha aufgeforstet, 86.000 Familien werden profitieren.

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam



› **Entwicklungspartnerschaft (MDG 8)**

Grundsätze und Einschätzungen

Referentin: Ulrike Haupt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das Ziel

Partnerschaften zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft basieren auf zwei Kernthesen. In der Entwicklungspolitik setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass die Erreichung der MDGs in den Partnerländern auch maßgeblich davon abhängt, ob und wie sich die Privatwirtschaft in diesen Ländern engagiert. Auf Seiten der Wirtschaft spielt die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit an Kriterien nachhaltiger Entwicklung eine immer größere Rolle. Denn die Erreichung der MDGs liegt auch im wirtschaftlichen Interesse der Unternehmen. Nur wo Armut schwindet, entstehen neue Märkte und neue Geschäftsmöglichkeiten.

Ziel ist es, durch gemeinsame Allianzen von Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft wirksame Beiträge zur Erreichung der MDGs bis zum Jahr 2015 zu leisten und das hohe Kooperationspotenzial optimal zu nutzen.

Stand der Umsetzung

Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft („Public Private Partnership“, PPP) sind ein fester Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geworden.

Im Rahmen von PPP haben öffentliche und private Partner seit 1999 rund 1 660 PPP-Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 8,2 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Davon entfielen 236 Maßnahmen mit einem Finanzvolumen von rund 6,7 Milliarden Euro auf das Finanzierungsgeschäft der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG). Der öffentliche Anteil bei allen PPP-Maßnahmen betrug insgesamt rund 2,7 Milliarden Euro, aus der Privatwirtschaft konnten rund 5,5 Milliarden Euro mobilisiert werden. Vereinfacht gesagt: Für einen Euro aus öffentlichen Mitteln konnten etwa zwei Euro aus der Privatwirtschaft gewonnen werden, um wirtschaftlich tragfähige und entwicklungspolitisch sinnvolle Projekte zu realisieren.

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft gibt es mittlerweile in rund 70 Ländern und in nahezu allen entwicklungspolitischen Handlungsfeldern, die relevant für die Erreichung der MDGs sind. Sie verbessern die Gesundheitsversorgung, sie fördern Bildung und Ausbildung, sie dienen der Einführung von sozialen und ökologischen Standards bei Unternehmen, sie fördern die Einführung Erneuerbarer Energien und verbessern den Umweltschutz.

Über konkrete Projekte hinaus unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch Dialog- und Lernforen zum Thema „verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln“ wie zum Beispiel den von Kofi Annan ins Leben gerufenen UN-Global Compact. 37 Unternehmen sind im deutschen Global Compact Netzwerk vertreten und fördern die Umsetzung der zehn Global Compact Prinzipien auf den Gebieten: Menschenrechte, Sozialstandards, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung.

Drei beispielhafte Projekte

Eine PPP in Vietnam zeigt auf, welche Verbreitungswirkungen von einem solchen Projekt ausgehen können, indem es auf andere Bereiche übertragen wird oder Nachahmern als Vorbild gilt. Ein PPP-Beispiel aus Ecuador verbindet ökologische und soziale Verbesserungen für die betroffenen Menschen. Darüber hinaus verdeutlicht ein Mobilfunk-Projekt in Afrika, dass sich Entwicklungswirksamkeit und Rentabilität nicht ausschließen müssen.



› **Entwicklungspartnerschaft (MDG 8)**

Ecuador, Vietnam: Vorteile für Alle - Kooperationen mit der Wirtschaft

Referent: Markus Sterr, Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

Die Ausgangslage

Der Export von Blumen bringt wichtige Devisen für Ecuador. 90 Prozent der Erzeugung gehen außer Landes, davon 20 Prozent nach Europa. Der herkömmliche Blumenanbau verseucht das Grundwasser durch den unkontrollierten Einsatz von Pestiziden und vernachlässigt soziale Standards.

Arbeitssicherheitsbestimmungen werden von nicht zertifizierten Farmen kaum eingehalten. Von insgesamt 350 Blumenfarmen sind lediglich 11 Prozent nach ökologischen und sozialen Standards zertifiziert.

Das Projekt

Die Privatwirtschaft, ein Konsortium von 18 Blumenfarmen, das Flower Label Program FLP, ein internationales Zertifizierungsinstitut, und der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) kooperieren, um zu einer umweltgerechten und nachhaltigen Entwicklung vor allem des benachteiligten, ländlichen Raums beizutragen. Im Vordergrund stehen die Verbesserung von Einkommensmöglichkeiten und eine umweltgerechte Ressourcennutzung. Erreicht wird dies durch eine Steigerung der Nachfrage nach menschenwürdig und umweltverträglich produzierten, qualitativ hochwertigen Blumen bei konsumbewussten Verbrauchern.

Das PPP (Public Private Partnership) Projekt in Ecuador wird vom DED durch eine Marketingexpertin für vorerst zwei Jahre unterstützt. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Konsortium geplant, durchgeführt und finanziert. Die Fachkraft arbeitet in Quito und ihre Aufgabe ist es, die Vermarktung der Blumen von Ecuador nach Deutschland zu verbessern.

Die Wirkungen

Die ekuadorianischen Produzenten werden für eine sozial und ökologisch verantwortliche Blumenproduktion sensibilisiert und der Aufbau eines positiven Images einer verantwortlichen Blumenindustrie gefördert. Zusätzliche Unternehmen werden für die Teilnahme an dem Programm gewonnen, um auf diese Weise die soziale und arbeitsrechtliche Situation der in diesem Sektor etwa 60.000 Beschäftigten zu verbessern und die Umweltbelastung zu verringern.

Allein in Deutschland werden über die 750 FLP-Blumenfachbetriebe Verbraucher zu den sozialen und ökologischen Problemen konventioneller Blumenzucht aufgeklärt und gleichzeitig die ausgezeichnete Qualität der FLP-Produkte vermarktet. Die DED-Fachkraft koordiniert und bereitet mit FLP und seinen Trägerorganisationen verkaufsfördernde Maßnahmen (Messebeteiligungen, Presseberichte, Promotionsveranstaltungen) vor und konzentriert diese in den ersten beiden Jahre auf den deutschsprachigen Markt. Parallel werden weitere Märkte beobachtet, sodass die Aktivitäten bei einer Verlängerung auch auf diese ausgeweitet werden können.



› **Entwicklungspartnerschaft (MDG 8)**

Afrika: Technologiesprung durch Mobilfunk

Referent: Matthias Goulnik, DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Die Ausgangslage

Afrika fehlt es an allem – auch an Telefonanschlüssen. Wer auf dem afrikanischen Kontinent nicht gerade in Ägypten oder Südafrika lebt, ist bis heute häufig von der Telekommunikation ausgeschlossen. Dies gilt vor allem für die Länder südlich der Sahara. Dort ist die so genannte Teledensität, d. h. die Anzahl der Telefonanschlüsse pro 100 Einwohner, aufgrund fehlender Festnetze besonders gering. Der Aufbau funktionierender Mobilfunknetze bietet die Chance, mit geringeren Kosten als im Festnetzbereich auch in dünn besiedelten Gebieten eine Kommunikationsinfrastruktur zu schaffen, die für breite Bevölkerungsschichten zugänglich ist. Der zügige Aufbau dieser Infrastruktur ist nur mit privatem Kapital möglich. Um dieses langfristig und in ausreichender Höhe zu mobilisieren, ist die Einbindung von Entwicklungsfinanciers wie der DEG wichtig.

Das Projekt

Seit 1999 hat die DEG sechs Telekommunikationsprojekte in Afrika realisiert, unter anderem in Nigeria, Tansania und Uganda. Das Gesamtinvestitionsvolumen lag bei über 80 Millionen Euro. Ein Beispiel über Staatsgrenzen hinaus ist Celtel International. 1998 gegründet, betreibt das Unternehmen heute das größte zusammenhängende Mobilfunknetzwerk in Afrika und erreicht rund 30 Prozent der Bevölkerung des Kontinents. Celtel ist in 13 Ländern aktiv, darunter Malawi, Burkina Faso, Uganda, Kenia, Sierra Leone und Gabun. Die DEG beteiligte sich 2001 erstmals an Celtel, 2004 erhöhte sie ihren Anteil. Die Finanzierung durch die DEG diente unter anderem dem Auf- und Ausbau des Netzwerks. Das Engagement ist ein gutes Beispiel dafür, dass auch in wenig entwickelten Ländern entwicklungs wirksame und zugleich rentable Projekte realisiert werden können.

Die Wirkungen

Afrika ist heute der erste Kontinent mit mehr Mobiltelefonen als Festnetzanschlüssen. Die Teledensität beispielsweise in Uganda betrug 1999, vor Eintritt der DEG, lediglich 0,30 Prozent. 2003 lag sie bereits bei 3,27 Prozent.

Zwar kann sich in Afrika kaum jemand ein eigenes Handy leisten - ein paar Gespräche im Monat jedoch fast jeder. Mobiltelefonieren dient dem Geschäft: Waren werden bestellt, Preise auf den umliegenden Märkten erfragt, Termine vereinbart. Das Handy hilft im Notfall, um beispielsweise einen Arzt zu rufen oder das nächste Krankenhaus zu verständigen. In Kombination mit dem Radio wird es zur wichtigen Informationsbörse. In den Städten sind an jeder Straßenecke Händler anzutreffen, die Telefone vermieten. Auch in vielen Dörfern betreibt jemand mit der Handyvermietung ein kleines Geschäft. So sind mit dem Mobilfunk gleich Tausende Arbeitsplätze entstanden.

Die positiven Wirkungen beschränken sich nicht nur auf das größere Angebot an Telekomdienstleistungen und den besseren Zugang für mehr Menschen. Zudem tragen Netzbetreiber wie Celtel über Lizenzgebühren und Steuerzahlungen in erheblichem Umfang zu den Staatseinnahmen bei. Und nicht zuletzt fördert die Errichtung von Mobilfunknetzen die Qualifikation einheimischer Arbeitskräfte und die Förderung von Kleingewerben bei der Distribution von Telefondienstleistungen. Celtel beschäftigt rund 5 500 eigene Mitarbeiter und schafft darüber hinaus für mehrere tausend Menschen, die Telefonkarten und -zubehör verkaufen, Beschäftigung und Einkommen.



➤ Nachhaltiges Verwöhnaroma – Globalisierung sozial gestalten

Referent und Referentinnen: Carsten Schmitz-Hoffmann, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) mbH, Programmbüro Sozial- und Ökostandards; Gisela Habel, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); Annemieke Wijn, Kraft Foods

Die Ausgangslage

Weltweit leben etwa 100 Millionen Menschen in 63 Kaffeeexportierenden Entwicklungsländern direkt und indirekt von Einkünften aus dem Kaffeesektor.

Nach Rohöl war Kaffee im vergangenen Jahrhundert das wichtigste Handelsprodukt der Entwicklungsländer. Während jedoch im Jahr 2000 von den Konsumenten in den Industrienationen 55 Milliarden Dollar für Kaffee ausgegeben wurde, fielen davon lediglich 15 Prozent für die produzierenden Länder ab – im Jahr 1990 waren es immerhin noch rund 30 Prozent gewesen. In den produzierenden Ländern selbst wiederum kommen nicht einmal 50 Prozent des Exportpreises beim Bauern an.

Die große Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Kaffee führt strukturell zur Überproduktion und hat damit in den vergangenen Jahren sinkende Weltmarktpreise verursacht – ein Trend, der sich auch angesichts der aktuell hohen Weltmarktpreise wohl nicht ändert. Insbesondere die Gruppe der Kleinbauern und Wander- und Plantagenarbeiter, die über 80 Prozent der im Sektor Beteiligten ausmacht, sind von der Krisensituation hart betroffen, weil Produktionskosten nicht mehr gedeckt werden und in ganzen Regionen alternative Einkünfte fehlen.

Unter dieser Abwärtsspirale leidet mittelfristig der gesamte Sektor. Daher ist es im Interesse aller Akteure des Kaffeesektors, die Honorierung von Investitionen in sozial, ökologisch und qualitativ höherwertige Produktionsprozesse sicherzustellen und damit das Gleichgewicht im Sektor zu stabilisieren.

Das Projekt

Die GTZ hat in Kooperation mit dem Deutschen Kaffeeverband die wichtigsten Akteure zusammengeführt und mit ihnen einen gemeinsamen Verhaltenskodex für soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit im „Mainstream“-Kaffee erarbeitet.

In der Common Code for the Coffee Community-Initiative haben sich Produzenten, Kaffeehandel und -industrie sowie internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) zusammengeschlossen. Ziel dieser Initiative ist es, entlang der gesamten Wertschöpfungskette Wirkungen für die Armutsbekämpfung und den Umweltschutz zu erzeugen.

Dazu sollen besonders kleinbäuerliche Strukturen in die Umsetzung eingebunden werden. Zudem werden lokale Akteure und die nationalen und regionalen Strukturen des Kaffeesektors gestärkt, wobei eine enge Kooperation mit den Institutionen der Partnerländer stattfindet.

Die Wirkungen

Mit der Einbindung von Vertretern der wichtigsten Produktionssektoren (rund 80 Prozent der Weltproduktion) sowie der Hauptabnehmer von „Mainstream“-Kaffee (rund 70 Prozent des Weltmarktes) ist es möglich, wichtige Veränderungen bei den Produktions- und Vermarktungsbedingungen durchzusetzen. Die Initiative entwickelte einen umfassenden Nachhaltigkeitsstandard mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Basisanforderungen für die gesamte Grünkaffee-Kette sowie eine Strategie, wie dieser Standard weiter verbreitet und seine Einhaltung überprüft werden kann. Seit seiner Verabschiedung im September 2004 wird der Kodex nun weltweit in Pilotvorhaben getestet.

Den Kaffeebauern wird durch die Implementierung des Verhaltenskodex ein marktbasierter Aufpreis gezahlt.



› Transparente Entwicklung: Statistik für die MDGs

Autor: Thomas Wollnik, Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt)

Die Ausgangslage

Im September 2000 haben 189 Mitgliedsstaaten der Weltgemeinschaft die Millenniumserklärung verabschiedet. Ein Jahr später, im September 2001, präsentierte UN-Generalsekretär Kofi Annan eine „roadmap“ für die Umsetzung der Millenniumserklärung. Acht Ziele will die Weltgemeinschaft bis zum Jahr 2015 erreichen. Die Ziele sind inhaltlich und zeitlich konkretisiert in Zielvorgaben, und 48 Indikatoren erlauben, den Grad der Zielerreichung zu messen.

Seriöse Informationen und aussagekräftige Daten haben also einen hohen Stellenwert. Doch gerade in Entwicklungsländern liegen solche Angaben selten in der erforderlichen Qualität und Aktualität vor.

Das Projekt

InWEnt fördert den Auf- und Ausbau statistischer Kapazitäten durch die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften. Das Fortbildungszentrum für Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialstatistik in München bietet ihnen bereits seit 1973 Weiterbildung an. Produzenten und Nutzer statistischer Daten – insbesondere aus Entwicklungsländern – können Techniken der Datenerhebung oder Prognosebildung in München oder vor Ort lernen. In multidisziplinären Gruppen, auch in einem virtuellen Arbeitsraum des Global Campus 21 von InWEnt, beschäftigen sie sich mit aktuellen Fragen angewandter Statistik, die sich alle im Reigen der MDGs wieder finden.

Beispielsweise: Wie kann der Bevölkerungsanteil einer Nation, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, um die Hälfte reduziert werden, wenn die Ausgangsdaten des Basisjahres – für die MDGs ist 1990 als Basisjahr definiert – in diesem Land nicht oder nur unzureichend vorliegen? Wie kann Entwicklung aufgezeigt werden, wenn Indikatoren und Methoden fehlen, die Entwicklung messen? Oder: Wie können wir wirksame Strategien gegen HIV/Aids in einem Land entwickeln, wenn uns zuverlässige Daten beispielsweise zu Risikogruppen fehlen?

Die Wirkungen

Der Ausbau - und in vielen Ländern überhaupt erst der Aufbau - statistischer Kapazitäten ist Voraussetzung für solide Informationen zum Prozess der MDGs.

Statistik hat dabei eine mehrfache Funktion:

- ◆ Sie macht es überhaupt erst möglich, nachvollziehbar zu beschreiben, bis zu welchem Grad ein bestimmtes Millenniumsentwicklungsziel erreicht wurde.
- ◆ Sie dient den politischen Entscheidungsträgern zur Ausrichtung und Priorisierung ihrer Politik.
- ◆ Sie unterstützt öffentliche Kontrolle, indem sie widerspiegelt, welche Zielvorgaben wie gut erreicht wurden.
- ◆ Sie schafft Transparenz, indem sie die Öffentlichkeit informiert.

InWEnt zielt mit all seinen Maßnahmen auf ein Capacity Building, das Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen fördert: Wir stärken individuelle Handlungskompetenzen, erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und wir verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene. Das Ziel sind kompetente und verantwortungsbewusste Führungskräfte, starke Institutionen und transparente Prozesse.

RÜCKMELDEBOGEN

zu Inhalt und Durchführung des Seminars



> Ihre Meinung ist uns wichtig

Veranstaltung

	sehr gut	gut	mittelmäßig	schlecht
◆ Podiumsdiskussion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Kaminesgespräch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Workshops				
Armutsbekämpfung (MDG 1)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grundbildung (MDG 2)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gleichberechtigung (MDG 3)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheit (MDG 4-6)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt (MDG 7)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwicklungspartnerschaft (MDG 8)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Nachhaltiges Verwöhnaroma	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Moderation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Pressemappe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Veranstaltungsort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Organisation der Veranstaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
◆ Gesamtbewertung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Relevanz für die eigene Berichtserstattung

	sehr hoch	hoch	mäßig	keine
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anmerkung

.....

.....

Name, Vorname

.....



Bitte am Info-Counter abgeben oder faxen an: +49 (0) 2 41/9 38 88-333

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.-13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Nachname

Vorname

Müller

Hans-Peter

Süddeutsche Zeitung

Hühnerbein

Annie

WDR-Hörfunk

XXXXXX

XXXXXX-XXXXXX

XXXX XXXXXXXXXXXXXXX XXX

Kurs auf die Millenniumsziele

Seminar für Journalistinnen und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Veranstalterinnen und Veranstalter

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Stresemannstr. 94
10963 Berlin
Tel: +49 (0) 18 88/5 35-24 50
Fax: +49 (0) 18 88/5 35-25 95
Web: www.bmz.de

Babara Wieland, Pressesprecherin
Holger Illi, Pressereferent

ded Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH

Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel: +49 (0) 2 28/2 43 40
Fax: +49 (0) 2 28/2 43 42 09
Web: www.ded.de

Maria Weitz, Pressesprecherin

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ)

Unternehmenskommunikation
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
Tel: +49(0) 61 96/79-11 74
Fax: +49(0) 61 96/79-61 69
Web: www.gtz.de

Jens Heine, Stabsstelle Unternehmenskommunikation
Volker Franzen, Leiter Stabsstelle Unternehmenskommunikation

InWEnt Internationale Weiterbildung und Entwicklungs gGmbH

Unternehmenskommunikation
Tulpenfeld 5
53113 Bonn
Tel: +49 (0) 2 28/24 34-874
Fax: +49 (0) 2 28/24 34-886
Web: www.InWEnt.org

Hannelore Herlan, Leitung Unternehmenskommunikation
Adelheid Schultze, Unternehmenskommunikation

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam

PRESSEMAPPE

Kurs auf die Millenniumsziele



> Veranstalterinnen und Veranstalter

KfW Entwicklungsbank

Konzernkommunikation
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Web: www.kfw-entwicklungsbank.de

Britta Apel, Geschäftspolitik, Tel: +49 (0) 69/74 31-36 72, Fax: -33 63
Dr. Charis Pöthig, stv. Pressesprecherin, Tel: +49 (0) 69/74 31-46 83, Fax: -32 66

DEG - KfW Bankengruppe

Strategie und Kommunikation
Belvederestraße 40
50933 Köln
Tel: +49(0) 2 21/49 86-1474
Fax: +49(0) 221/49 86-292
Web: www.deginvest.de

Anja Strautz, Strategie und Kommunikation

Kurs auf die
Millenniumsziele

Seminar für
Journalistinnen
und Journalisten
12.–13. Juni 2005
in Potsdam